

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1949

51 (27.12.1949)

Stürmische Hausse in D-Mark

In New York und Zürich in wenigen Tagen um mehr als 10% gestiegen - Abwertung wettgemacht Börsen weiter freundlich - Preissturz am schwarzen Markt - Weizenpreis wird nicht erhöht

Die Situation der letzten Tage war die D-Mark-Hausse an den internationalen Devisenmärkten. Sie begann mit dem Bekanntwerden der bevorstehenden Unterzeichnung des ERP-Vertrages zwischen der Bundesrepublik und den USA und hat sich inzwischen weiter verschärft. In Zürich kletterte die D-Mark bis auf 78 für 100 DM gegen 61 bis 68 am 13. 12. In New York stieg die D-Mark von 17 1/2 am 14. 12. auf 17 1/2 am 18. 12. Damit ist ein neuer Höchststand der internationalen D-Mark-Bewertung eingetreten. Außerdem interessiert man international über Kurssteigerungen, daß die Anerkennung der D-Mark als internationale Währung nur noch eine Frage der Zeit ist.

D-Mark in der Mitterrolle

Schon seit längerer Zeit wird von den orientierten und sicher vorausschauenden Finanzwirtschaftlern der ganzen Welt betont, daß die D-Mark hierauf sei, zwischen den harten Währungen des Westens und dem belagerten Franken und dem belagerten Pfund auf der einen Seite und dem weichen europäischen Währungsblock auf der anderen Seite eine wichtige Rolle zu spielen. Wir sind der Meinung, daß die weltweite Entwicklung fast ausschließlich zu dieser günstigen internationalen Beurteilung der D-Mark beizutragen hat.

Wenn heute im Zusammenhang mit der D-Mark-Hausse versucht wird, die Gründe der Kurssteigerung zu erklären, so ist die erste Beurteilung der D-Mark zu benutzen, so können wir diese Ansicht nicht ohne weiteres teilen. Die Außenbeurteilung der D-Mark hat heute noch nicht die übliche Beziehung zu den inneren Finanzverhältnissen. Das wird zweifellos kommen, wenn die D-Mark internationale Währung geworden ist. Ein Beweis für diese unsere These: Bekanntlich wird eine Währung international schwach, wenn der Staat des Landes ein größeres Defizit aufweist. Bei der Beurteilung der D-Mark als auch vieler Länderhaushalte zeigen erhebliche Überschüsse und Defizite. Danach müßte also die D-Mark eher schwächer werden. Zweiter Beweis: Die internationalen Kreditverhältnisse hatten auf die internationale Bewertung der D-Mark ebenfalls keinen Einfluß; im Gegenteil, als diese Beziehungen langsam gelockert wurden, stieg der D-Mark-Kurs international an zu steigen. Das zeigt, daß wir noch weit davon entfernt sind, nach klassischer Argumentation zu urteilen. Wichtig ist das überhaupt nicht mehr möglich, nicht so sehr wegen der besonderen Lage Deutschlands, als weil diese Argumente überhaupt in der modernen Zeit nicht mehr ohne Einschränkung angewandt sind. Erst können zum kleinen Teil die Beziehungen des Bundeswertschaftsministeriums, die das Wort Nationalprogramme, und damit sofort Nebensächlichkeiten aufweisen. Von innen und von außen her hat sich das Bild in diesem Jahr gewandelt. In der Gestaltung sind sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer schon viel näher gekommen. Gegensätze werden nur noch zum Fenster hinaus gesprochen. Im Verhältnis der Betriebsgemeinschaft nach außen, nämlich zum Staat, sind vorläufig die Gegensätze größer geworden, weil die zu hohe Steuerlast, die Betriebe an Investitionen hindert, die sowohl durch ihre Anhebung als auch durch die in ihnen gegebenen neuen Arbeitsmöglichkeiten erreichen, auf neue Arbeitskräfte einstellt und im Zuge der Kostendegression die Löhne erhöht werden können. Dazu ändert sich ein Mitbestimmungsrecht nicht. Eine Steuererhöhung wirkt wesentlich stärker als ein von Staat degressives Mitbestimmungsrecht.

Jedoch beides wird kommen. Was wir aber im nächsten Jahr, und schon zu Beginn, verzeichnen können, sind die ungewisse und mit Sicherheit zu erwartenden Lohnforderungen. Wir glauben, daß es nicht schwer sein wird, auch dieses Problem zu lösen. Zu erwartende Preissteigerungen auf der einen Seite und die zunehmende Kostendegression auf der anderen Seite lassen einen Spielraum, der groß genug ist, um den Ausgleich herbeizuführen.

Wir wachen also im kommenden Jahr in eine stärkere Gemeinschaft und in eine, meist noch beschränkte, Freiheit hinein. Es wird viel Mühe kosten, aber wohl doch nicht mehr so viel, wie im Jahr zu Ende gebenden Jahr. K.

Europäischer Währungsblock

Dagegen — und wieder ist es ein Grund vor allem — sind die vielen Berechnungen und Vorarbeiten für eine gemeinsame europäische Währungs- und Wirtschaftspolitik, die diesem Kursanstieg der D-Mark Manöver gegeben haben. Immer deutlicher zeichnet sich die Absicht ab, einen europäischen Währungs- und Stabilisierungsfonds zu bilden, und die D-Mark wird darin zweifellos eine wichtige Rolle spielen, zumal da wieder der französische Franken noch vor dem europäischen Pfund in diesem Konzept als starke Währungsmittel auftreten können.

Wettgemachte Abwertung

Schon wir uns die Entwicklung der D-Mark an den internationalen freien

Devisenmärkten seit der Abwertung an, dann ergibt sich, daß der Abwertungsvertrag, der im Grunde niemals den vollen Umfang der 30prozentigen Abwertung angenommen hatte, schon in wenigen Tagen wettgemacht war. In den letzten Tagen vor der Abwertung stieg die D-Mark in Zürich (am 13. 12.) 67 für 100 DM. Am 21. 12. also am Tag nach der Abwertung war sie auf 63 zurückgegangen, aber schon am 26. 12. hatte sie mit 68 den Stand vor der Abwertung überschritten. Wenn sie heute bei 78 steht, dann hat sie vom Tag nach der Abwertung an gerechnet eine Wertsteigerung von 20% erfahren. Das würde also heißen, daß die D-Mark an den freien Devisenmärkten praktisch nicht mehr abgewertet ist (es darf an dieser Stelle nicht vergessen werden, darauf hinzuweisen, daß das anfängliche Pfund im Gegensatz zur D-Mark gerade in den letzten 3 bis 10 Tagen international immer schwächer wurde; alle Erklärungen von Herrn Cripps nützen nichts).

Angebot in Dollar

Auf den freien Devisenmärkten in Deutschland sanken entsprechend dieser Entwicklung in der vorigen Woche die Kurse für Dollar, Schweizer Franken und englische Pfunde. Insbesondere war der Dollar stärker rückläufig, da hierin zur Zeit ein Übergang zu beobachten ist. Der holländische Gulden dagegen konnte sich verhältnismäßig gut halten. Der Dollar stieg in Hamburg bis auf 8,00 DM zurück, zuvor 4,50 in der Höhe, vorher, ebenfalls in Hamburg, stieg der Schweizer Franken bis auf 1,30 DM gegen 1,35 in der Vorwoche. Der holländische Gulden liegt weiter bei 1,35, die Dänische Krone bei 0,90, die norwegische Krone zwischen 0,90 und 0,85 und die Schwedische Krone bei 0,82; für 100 franz. Franken wurden in Frankfurt 1,60 bis 1,50 DM bezahlt.

Börsen beruhigt

An den deutschen Wertpapierbörsen ist die von uns vorausgesagte Beruhigung eingetreten. Die Haltung ist im allgemeinen freundlich, im Anfang dieser Woche wurden trotz des sonst vor Weihnachten erhöhten Geldbedarfs und der daraus sich ergebenden Abgabeneigung höhere Kurse genannt als in der Vorwoche. So stieg Harpen am Mittwoch in Frankfurt von 56 auf 71 DM, Demag von 74 auf 78 DM, Brown Boveri von 81 auf 84 DM, Edinger Maschinen von 98 auf 105 DM. Eine Spezialbewegung machte in den letzten 10 Tagen Conti Gummi durch, auf Gerüchte hin, daß für das D-Mark-Halbjahr 1949 eine Dividende von 7% gezahlt werden würde; noch am 12. 12. stand der Kurs bei 91% und ging bis zum 18. 12. auf 106 heran, jedoch am 21. Dezember schwächte er sich auf 101% ab. Damit ist Conti Gummi bereits das zweite Papier, die anderen sind Hanfwerke, Flüssen, Heierdorf, Deutsche Steingut, Ergoldit, Ziegel, Gladbacher Walle, Kunstmühle Tivoli, Kunstmühlen Landest, Südhelm und Turpedowerte, das die Paragone wieder überschritt. Dabei stand dieses Papier in der Reichensmarkt mit etwa 17% gar nicht einmal besonders hoch. Es ist zu erwarten, daß die Börse sich im Januar weiter günstig entwickeln wird. Nach den neuesten Meldungen werden aus Gegenwertigkeiten, die jetzt im wesentlichen frei geworden sind, größere Kreditmittel in die deutsche Wirtschaft gepumpt, die zweifellos eine zusätzliche Beruhigung bringen werden.

Preise am freien Markt sinken

Sehr interessant und geradezu symptomatisch für die Entwicklung der nächsten Wochen ist der Best des sogenannten schwarzen Marktes. Das Weizengetreide hatte sogar in den letzten 10 Tagen vor dem Fest keinen Einfluß auf die Preisgestaltung. Überhaupt bewegen sich doch vor einem solchen Fest die Preise nach oben. Das Gegenteil war der Fall. Mit Ausnahme von Butter sagten alle Waren Preisrückläufe. In München fiel die Preise so erheblich, daß von einem Preissturz gesprochen werden muß. Dazu waren die Umsätze im allgemeinen gering.

Wir schließen daraus u. a. aus anderer anderer Beobachtung, daß die Preise nach Weihnachten allgemein weiter zurückgehen werden, aber nicht so sehr, wie

das Geschäft sanft wird, sondern weil die Konkurrenz größer wird. Diese Entwicklung ist insofern zu begrüßen, als sie dazu geeignet ist, die immer drückender werdenden sozialen Spannungen zu mildern. Wir sagten schon an dieser Stelle voraus, daß wir im Frühjahr mit Lohnkämpfen zu rechnen haben werden. In den letzten Tagen sind nun die ersten Lohnforderungen für das Frühjahr angekündigt worden. Weitere werden zweifellos folgen, und es war nicht klar, den Butterpreis heraufzusetzen. Klug aber war es, den Weizenpreis nicht zu erhöhen (wir wärsen auch in dieser Sache immer davor) und weiter den Weizen zu subventionieren.

Gutes Geschäft und doch nicht gut

Es läßt sich nicht bestreiten, daß trotz guten Geschäfts das Geschäft nicht gut ist. Im allgemeinen ist der Einzelhandel mit dem Weihnachtsgeschäft zufrieden. Aber die Preise sind zum Teil gegen das Vorjahr wesentlich niedriger, also hätte wesentlich mehr verkauft werden müssen, um nur gleichen Umsatzerlöse zu kommen (Beispiel: Lederwaren). Auch die Gewinne sind sowohl in der absoluten Höhe wie in Prozent kleiner geworden, so daß ein wesensmäßig gleicher Umsatz doch ein schlechteres Geschäft ist, als im vorigen Weihnachtsgeschäft. Diese Tendenz wird sich zweifellos im Januar fortsetzen. Es wird sehr eifrig kalkuliert werden müssen, aber die Umsätze werden mengenmäßig kaum im Januar wesentlich mehr sein. Es scheint sich nicht um einen der "Biggame" zu handeln, daß die Preise des Lohn- und Gehaltsverhältnisses sich langsam anpassen. Nur dort wo der Staat oder eine Behörde die Finger drin hat, werden laufend die Preise heraufgesetzt. Butter, Benzin (von 40 auf 55 Pfg.) und verschiedene Teile der Räder. Die Behörden sind heute mehr als die Wirtschaft dafür verantwortlich, daß soziale Spannungen auftreten, aber die Wirtschaft muß es bezahlen dadurch, daß sie höhere Löhne gewähren muß. Man sollte sich einmal in den Ministerien endlich klar darüber sein, daß jede Preisüberhöhung, die sie verfügen, als doppelter Last wirkt: als Einkommensminderung beim einzelnen und als Kostenüberhöhung beim Betrieb, so es durch Lohnforderung, sei es, wie beim Benzin, direkt.

Weizenorgeln

Es war sehr klug von Bundesernährungsminister, daß er jetzt klipp und deutlich erklärt, die Weizenpreise werden nicht heraufgesetzt. Vielleicht hört man in der Ablehnung von Weizen auf. Es ist überaus offenbar gar nicht so schlimm mit der Nichtablieferung von Weizen gewesen, wie es der Bundeswirtschaftsminister und auch sonstige Marktbeobachter behaupteten. Die Weizenablieferungen müssen höher gewesen sein, sonst wäre es nicht zu erklären, daß die Weizenablieferung trotz der bisher versagten Freigaben von Importweizen bis heute noch keinerlei Störungen erfahren hat und auch die Kleinverkaufspreise nirgendwo eine steigende Tendenz zeigen. Wahrscheinlich sind erhebliche Weizenmengen nicht erfüllt worden. Immerhin scheint die Situation für Januar kritisch zu werden, wenn nicht Importweizen freigegeben wird.

Konstruktionsfehler

Sehr bedenklich dagegen ist die Entwicklung beim Roggen. Die Bauern wollen zwar abliefern und haben teilweise schon unter dem aktuellen Preis verkauft, aber es finden sich einfach keine Käufer für den Roggen, so daß in den Gebieten, mit ausgeprägter Scherenschnitt der Rückgang der Ablieferungen besonders stark ist. Die mangelnde Abnahmefähigkeit der Vorratshalter wird als einer der schwersten Konstruktionsfehler der bisherigen Getreidemarktordnung bezeichnet. Man ist offensichtlich bestrebt, die Getreidewirtschaft zu lockern und sie in eine Wettbewerbsordnung überzuführen, aber es wird nicht leicht sein, das Prinzip des Leistungsvertrages, wie überhaupt die Vorräte der Individualkultur, mit der Institution eines staatlichen Einflußfeldes zu verbinden.

Liberalisierung und ihre Gefahren

Auf der anderen Seite wird u. a. die Entwicklung der Fleischfuhr in Baden-Württemberg nicht ohne eine gewisse Be-

urgis verfaßt. Noch sind die Mengen zwar nicht groß, aber bei fortwährender Liberalisierung des Außenhandels könnte die Entwicklung bedenklich werden. Die Überschuldung Europas stellen eine starke Produktionsrückbildung an, die nur an englischen und deutschen Markt Absatz finden kann. Von landwirtschaftlichen Seite wird dabei die Ansicht vertreten, man könne eine Einfuhrbegrenzung nicht erheben. Sehr einfach wird die Entscheidung in diesem Punkte nicht sein. Es ist gar kein Zweifel, daß auch die Landwirtschaft sich der allgemeinen Preisentwicklung in Deutschland anpassen muß. Auf der anderen Seite sind manche Agrarpreise nicht in dem Umfang gestiegen, wie nationale industrielle Preise. Trotzdem darf die Landwirtschaft nicht vergessen, daß die Ernährungskosten im Haushalt jedes Deutschen einen hohen Anteil einnehmen. Die Bundesregierung muß dafür sorgen, daß die Ernährungskosten nicht steigen, sondern sinken, um herabgesetzten Lohnforderungen vorzuziehen. Man wird also gegen die Einfuhr billigeren Fleisches keine Einwendungen erheben können. Vergessen wir nicht die überhöhten Energiepreise, die der Arbeiter aus dem letzten Wochen noch in Erinnerung hat. Es gilt im ganzen Industriesektor nicht um ein einziges Pfennig, das eine solche Preisüberhöhung durchgesetzt hat wie die K.

Lebensversicherungen

Erfreut ist die Nachricht, daß die Lebensversicherungen, auch in Baden-Württemberg, zum Jahresende 1948 einen Überschuss von 200 Millionen erzielt haben. Dieser Überschuss ist ein Zeichen für die gute Entwicklung der Lebensversicherungsunternehmen im Bundesgebiet auf der im Oktober erreichten außerordentlichen Höhe.

Schlechter Zahlungseingang

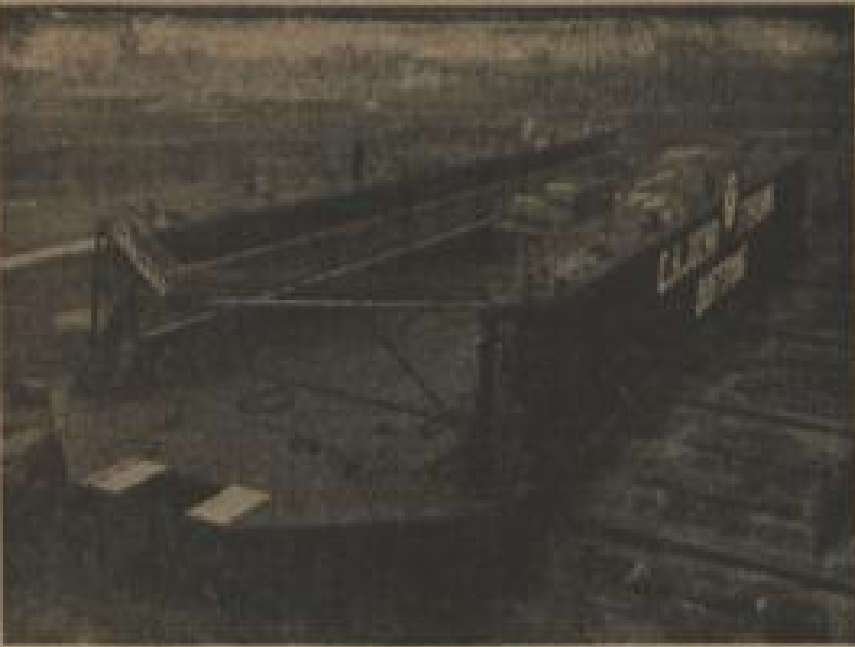
Von Frankfurter Industriefirmen erfahren wir, daß die Liquidität zum Jahresende abgenommen, von den inneren noch nicht als ausreichend anzuhebenden Kreditmöglichkeiten vor allem unter einem außerordentlich schlechten Zahlungseingang leidet. Die Außenländer-Firmen haben sich im letzten Monat sprunghaft erhöht und sind bis zum Jahresende weiter gestiegen. Als Grund hierfür ist die große Zahl der Steuerrückstände zu erwähnen, die die liquiden Mittel rechtlich aufgereicht haben. Es sind uns Fälle bekannt, in denen die Firmen ihre Verpflichtungen aus dem Lastenausgleich und den Steuerentlastungen im Wege der Aufnahme eines Bankkredits decken müßten.

Wir wollen darum, auch am Jahresende nicht vergessen, noch einmal an die Bundesregierung zu appellieren, energisch an eine Steuerenkung heranzutreten. Steuern sind in der Höhe in der sie heute erhoben werden, Kosten, sogar mit kumulativer Wirkung. Man kann dies nicht oft genug sagen. Man würde die sozialen Spannungen sofort aus der Welt schaffen, wenn von der Steuerseite her eine vernünftige Kritik erbracht wäre.

Zum Schluß noch ein Blick auf die Arbeitslosigkeit. Auch im Dezember sind die Zahlen weiter gestiegen, aber über das saisonale Maß geht der Zuwachs nicht hinaus. Außerdem stoßen in diesen zusätzlichen Arbeitslosen sehr viele aus der Ostzone zugewanderte Personen. Solange dieser Zustrom nicht aufhört, wird die Arbeitslosenfrage auch bei Beibehaltung der Industrie nicht so schnell sinken. Man kann heute sagen, daß ohne Zuwanderung die Arbeitslosigkeit, trotz üblicher saisonaler Zuwächse um diese Zeit, längst wieder im Sinken wäre. Sozial und allgemein menschlich sehr bedenklich ist die Feststellung, daß in Bayern im November 42% aller Arbeitlosen Flüchtlinge waren. Während von sämtlichen Arbeitnehmern (ohne Beamte) im November 1947 1,4% arbeitslos waren, waren es von den Flüchtling-Arbeitslosen: 21% in Unter, den 313 000 Arbeitlosen in Bayern betrafen, sind rund 20 000 arbeitslos. Hinzu kommen von diesen nur 87,5% Arbeitslosenfrage vorzuziehen.

Es wird es so bald möglich sein, im Zuge der weiteren Beibehaltung der deutschen Wirtschaft auch dieses Problem zu lösen. Es wäre eine Schande, wenn nicht.

Die "Wirtschaftsrevue" erscheint im nächsten Jahr mittwochs anstatt freitags, die nächste Nummer also am 4. Januar 1949.



Auf diesem Bild sehen Sie das größte Schweißgerät, das nach dem Krieg in Deutschland gebaut wurde. Vor einigen Tagen fand der Beschluß statt, das Denkmal auf der Wörth-Joch in Rendsburg bei einer Länge von ca. 1 Jahr zu bauen. Es ist statuenähnlich in der Höhe der Frau C. H. Joch, Dortmund, erstellt und im Rahmen der ERP-Mittel für die griechische Regierung durch den Marshall-Plan finanziert worden. In einigen Wochen wird das Denkmal in Hindenburg durch den Anmarsch und durch das Mischen bei einer Überfahrtzeit von 6-8 Wochen nach Griechenland geschickt. — Das Schweißgerät ist für die Aufnahme von Schiffen bis zu 1000 t vorgesehen. Es hat eine Länge von 11, eine Breite von 92 und eine Höhe von 11 m. In den Schweißgeräten ist gleichzeitig ein Schweißverfäbrer eingebaut und auf einer Seitenwand ist zur Ausführung von Schweißarbeiten ein entsprechender Präzisionsapparat mit Ausläßern von 11 m montiert, der eine Heizkraft von 2000 kg bei 18 m Ausladung hat. Das Einrichten des Denkmals bis zur Abschließung zur Aufweisung eines Schiffes von 1000 t dauert etwa 1/2 Stunde, und die Reparatur zum Heben eines solchen Schiffes 1 1/2 Stunden.

Jahre des Wettbewerbs

Was haben wir in diesem Jahr geschafft? Was können wir im nächsten Jahr erreichen? Das sind die Fragen, die am Jahresende stillerweise von allen Zeitungen gestellt und beantwortet werden.

Um dies tun zu können, wird es notwendig sein, zu beurteilen, was wir aus eigener Kraft und was wir mit fremder Hilfe erreicht haben. Die direkten und indirekten Hilfen, die die deutsche Wirtschaft bekommen hat, sind enorm. Die indirekten Hilfen werden im nächsten Jahr größer sein als die direkten. Damit können wir nun erörtern und vielleicht wichtigsten Moment, das eine sichere Prognose auf eine weitere, sogar erhebliche Beibehaltung der deutschen Wirtschaft erwarten läßt. Durch die vor einigen Tagen erfolgte Unterzeichnung des ERP-Abkommens werden die D-Mark-Gegenwerte frei für unsere Verfügung. Nach Abzug der bekannten Vorleistungen kann man zunächst mit 300 bis 600 Mill. DM rechnen, die zusätzlich bereits von der Situation, Wirtschaft erneutes Kapital darstellen und nun in die deutsche Wirtschaft investiert werden können. Die Schätzungen über die Höhe der Beiträge, die im nächsten Jahr aus diesem Gegenwertfonds zur Verfügung stehen, liegen zwischen 100 bis 200 Mill. DM im Monat rechnen können. Was dies bedeutet, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die privaten Sparpläne im Bundesgebiet in diesem ganzen Jahr nur 50 Mill. DM betragen. Bedeutet man die Beiträge auf der anderen Seite die hohen Beiträge, die das Wohnungsbauprogramm 1950 erfordern wird, dann bleibt für die übrigen deutsche Wirtschaft aus dem Gegenwertfonds nicht mehr viel übrig. Nimmt man die Belastungskosten noch hinzu, dann zeigt sich bereits ein Loch. Die weiteren Lächer sind im Bundeshaushalt und in den Länderhaushalten zu sehen.

Trotzdem zieht die Rechnung anders aus, wenn man sie von den Betrieben her ansieht. Investitionskredite sind für die Betriebe kaum zu erhalten. Die Investitionen, die aus Selbstfinanzierung stammen, müssen in mindestens doppelter, manchmal in dreifacher Höhe gleichmäßig als Steuer gezahlt werden; vor jeder selbstfinanzierten Investition muß der dicke Schlagbaum der Steuern. Bekommen dagegen ein Betrieb einen Investitionskredit, dann kann er die damit angeschafften Maschinen steuerfrei abschreiben. Eine gewaltige Kostenminderung ist dadurch möglich, selbst wenn, was einfach nicht sein darf, die Steuerbelastung immer noch zu hoch bleibt.

Diese Ausichten sind der wesentliche, aber unangenehmste Kern der Hausse, die in den letzten Wochen an den deutschen Wertpapierbörsen vor sich ging. Daß schon einige wenige Papiere den Parität erreicht, daß sogar Gerüchte über Dividendenzahlung bei Conti Gummi möglich sind, bedeutet sehr viel. Geben wir noch einen Schritt weiter: die ausgebliebenen Kurse der Wertpapiere liegen bei sehr vielen Papieren nur noch auf der Hälfte der letzten Reichensmarkt. Das bedeutet, daß der innere Wert der deutschen Wirtschaft nicht im Verhältnis 2:1, höchstens 3:1, bis jetzt abgewertet ist. Es besteht die Chance, daß der erwünschte zusätzliche Investitions-Kreditmöglichkeit und bei Herabsetzung der

In dieser Nummer

Schwerfkeiten der Holz- und Korkindustrie
324 000 Wohnungen im Jahre 1950
Energieverbrauch und ihre Konkurrenz
Marshall-Hilfe und Volkswirtschaft
Fagbäume Wertindustrie hat Sorgen
Der problematische Ost-West-Handel

Unsere Lageberichte

Mehr Salzgitter-Erze und billiger — Kalk-Verbrauch und -ausfuhr steigen — Nahverkehrsbetriebe in schwieriger Lage — Binnenschiff- fahrts-Beförderungsmaße nur wenig gesunken — Niederrhein-Schiffswerften besser beschäftigt — Belegung in der fränkischen Wirt- schaft nur gering — Produktionsvolumen steigt in Württemberg-Baden — Steigende Landmaschinenproduktion — Textilmaschinenpro- duktion verdreifacht — Aufschwung der Elektroindustrie — Umsätze der Kleingeschäfte stärker als die des Einzelhandels gestiegen

Salzgitter-Erze preisgünstiger

Die deutschen Hüttenwerke stellen sich aus Preisgründen für 1950 auf einen verstärkten Einsatz einheimischer Erze ein. Daher wird u. a. die Preisentwicklung der Salzgitter-Erze besonders erhofft. Für diese Erze ist die Lage im vorigen Halbjahr günstiger geworden, weil es möglich war, durch Verbesserung der Aufbereitung höherer Konzentrate zu erzielen. Die bessere Beschäftigung des Salzgitter-Erzbereichs von Juli bis Oktober 1949 ermöglichte auch eine Preisermäßigung. So kostet zur Zeit die Fe-Einheit im Liefer 66 Pfg. ab Station Salzgitter, im Nasskonzentrat 48 Pfg. Die Frucht beträgt je Tonne durchschnittlich 270 DM. 49%iger Erz enthält also je Fe-Einheit 8 Pfg., 41%iger Nasskonzentrat wegen des hohen Wassergehalts von 14 v. H. 7 bis 7,5 Pfg. Frucht zu tragen haben. Dagegen kosteten die schwächeren Erze vor der Abwertung 70—75 Pfg. je Fe-Einheit frei Ruhr und erfordern bei der gegenwärtigen Kesselhaltung und bei einer Beibehaltung der Dolarbasis etwa 80 Pfg. je Eiseneinheit, jedoch ist anzunehmen, daß die Verhandlungen noch Zugeständnisse bringen.

Salzgitter-Erze preisgünstiger

Salzgitter ist in der Lage, erheblich mehr Erz nach dem Westen zu liefern als bisher. Täglich konnten 4 Züge mit 1200 t laufen, die 3000 t Erz und 1800 t Nasskonzentrat, d. h. monatlich 70.000 t Erz und 30.000 t Nasskonzentrat, an die Ruhr zu bringen werden. Ein solches Abkommen würde die Arbeitslosigkeit in Salzgitter um mindestens 300 bis 400 Mann verringern, sofern die Hütte Braunschweig der Ruhrwerke ihr Erzeugungsprogramm von 30.000 t Eisenerz monatlich beibehält. Die von Prof. Erhard zugestimmte Abnahme von 150.000 t Eisenerz aus Salzgitter kann an der augenblicklichen Lage nicht ändern. Ein solcher Vertrag ist mit den westdeutschen Hüttenwerken bereits seit dem 1. April 1949 in Kraft. Zusätzliche Lieferungen über diesen Vertrag hinaus sind noch nicht vorgesehen, falls die Roheisproduktion und damit der Erzebedarf 1950 weiter zunehmen. Könnte der Erzbergbau in Salzgitter die vor Kurzem eingeführte Kurzarbeit wieder aufheben.

Kalkverbrauch von mindestens

2,5 Mill. t zu erwarten

Der Gesamtbedarf der Kalwerke des Bundesgebietes wird für das laufende Jahr auf rund 9,9 Mill. t festbehalten. Davon entfallen 1,3 Mill. t auf die Ausfuhr und 8,6 Mill. t auf den Inlandsverbrauch. Die Kalwerke des Landesraums Ost-Berlin sind wohl befristet worden. Nach Ansicht von Kalwerksbetreibern wird dieser Verbrauch jedoch bei weitem nicht aus, um die landwirtschaftliche Erzeugung auf die mögliche Höhe zu steigern. Im Bundesgebiet werden 15 Mill. t Kalk im Jahre verbraucht werden. Ein Verbrauch von 10 Mill. t ist, wie Gen. Dir. Wölfel in der Bundes-RIV äußerte, unbedingt unannehmbar und einer von 8 Mill. t ist schon zu erwarten. Die Kalklieferung im Jahre 1950 wird auf 3 Mill. t geschätzt, falls der Abbau der Hermannsberg wehrhaft.

Englische Wirtschaftsfolgen der

Nahverkehrsbetriebe

Die Nahverkehrsbetriebe befinden sich durch die Folgen des Krieges und

Beträchtlicher Anstieg der rheinisch- westfälischen Landmaschinenproduktion

Nach Mitteilungen des statistischen Landesamtes erreichte die Landmaschinenproduktion in Nordrhein-Westfalen im dritten Quartal 1949 ein Gewicht von 4.955 t. Im dritten Quartal des Vorjahres wies sich die Menge mit 2.002 t. Seit 1948 ist, wenn man von Jahreszeitlichen Einflüssen abstrahiert, die Produktion im Landmaschinenbau in Nordrhein-Westfalen fast stetig gestiegen.

Textilmaschinenherstellung in Nord- rhein-Westfalen seit Währungsreform verdreifacht

Der Bedarf an Textilmaschinen für die durch Kriegseinwirkungen stark in der Kapazität beschränkten Nordrhein-westfälischen Textilindustrie ist sehr groß. Die Hauptmenge der für die Lieferung von Textilmaschinen in Frage kommenden Produktionsstätten in der Ostzone liegt, ist die Beabsichtigung schwierig. Immerhin bemüht man sich um Ausbau der Textilmaschinenindustrie in Nordrhein-Westfalen. Diese Bemühungen sind auch nicht ohne Erfolg geblieben. Seit der Währungsreform hat sich die Produktion der statistischen Landesamtes die Produktion an Textilmaschinen in Nordrhein-Westfalen um das dreifache zu erhöhen. Im dritten Quartal 1949 sind im Monat durchschnittlich 1370 t an Textilmaschinen gefertigt worden.

Starker Aufschwung der württemberg- badischen Elektroindustrie

Der Aufschwung der Elektroindustrie von Württemberg-Baden seit der Wä-

hrungsreform beträgt 130%, die Produktionsleistung der gebrauchten württemberg-badischen Industrie 119%. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, daß in der Nachkriegszeit Betriebe und Betriebe vor allem von Berlin nach Württemberg-Baden verlagert wurden. Der Produktionsanstieg der hiesigen Elektroindustrie betrug im Oktober 1949 + 100, und war damit der höchste Index innerhalb der württemberg-badischen Industriegebiete. Im November dürften sich die Produktionsergebnisse nach vorläufigen Ermittlungen weiter erhöhen.

Die besondere Lage der Kleingeschäfte

Die Kleingeschäfte haben gegenüber dem ersten Halbjahr 1949 die Umsätze mehr als der Durchschnitt des Einzelhandels erhöht. Mit dieser Entwicklung ist jedoch nicht ein Strukturwandel im westdeutschen Einzelhandel einhergegangen. Die Steigerung bedeutet vielmehr ein Nachholen des vorher vergleichsweise zurückgebliebenen Umsatzes. Aber auch heute haben die Kleingeschäfte ihren Verkaufskreis weit über den des Einzelhandels hinaus erweitert. Sie haben sich auch an den Umsätzen der Warenhäuser und wahrscheinlich auch an den Umsätzen des örtlichen Einzelhandels noch nicht wieder erreicht.

Für die Beurteilung der Versorgung der Bevölkerung mit Waren und auch für die Möglichkeiten der Einkommensveränderung ist der Umsatzverlauf bei den Kleingeschäften jedoch bemerkenswert. Wie schon erwähnt, ist in dem ersten Halbjahr nach der Geldreform, aber auch noch später darüber erklärt worden, daß die Produktionsunternehmen aus dem damals knappen Rohstoff vornehmlich hochwertige Waren wegen der bei ihnen höheren Gewinnaufschlagsmöglichkeiten in höherem Maße als im großen Umfang an einfachen und billigen Waren für die Besitzer kleiner Einkommen. Die Kleingeschäfte waren deshalb auch nicht in der Lage, das ihnen eigentümliche Sortiment zu beschaffen.

Belegung in Westberlin noch nicht allgemein

Entsprechend der Jahreszeitlichen Bedingungen war die Belegung der Westberliner Wirtschaftsflächen im November ungleichmäßig, wenn auch nicht ohne positive Aspekte, heißt es im Geschäftsbericht der Abteilung Wirtschaft des Westberliner Magistrats für November 1949. Eine allgemeine Belegung der Wirtschaft in Westberlin konnte noch nicht festgestellt werden, jedoch ist es in einzelnen Industriezweigen neben einer leichten Erholung der Produktion und des Umsatzes an Arbeitsstellen — teilweise durch Überzuga von Kurzarbeiter auf — Vollarbeit — gekommen. Eine der Stärken des Produktionswertes und des Umsatzes hat nicht entsprechend beschleunigt. In der ersten Hälfte des Monats hauptsächlich aus der notwendigen Konsumgüter zum Zweck der größeren Wettbewerbsfähigkeit und durch stärkere Rationalisierungsmaßnahmen zu erklären.

Im Zusammenhang mit der Steigerung

der Erzeugnisse bei den Westberliner Geldinstituten erhoffen sich auch die Steuerbehörden nicht unbedeutend. Die Berliner Banken waren unter Berücksichtigung aller bankmäßigen Voraussetzungen in der Lage, im Berichtsjahr über 100 Millionen DM zu gewähren. Die Zahl der Kreditnehmer ist im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen. Die Zahl der Kreditnehmer im Wert von 67,2 Mill. DM (66,7 Mill. DM im Oktober) ist im ersten Quartal 1949 im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen. Die Zahl der Kreditnehmer im Wert von 67,2 Mill. DM (66,7 Mill. DM im Oktober) ist im ersten Quartal 1949 im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen.

Weiterer Rückgang der Kurzarbeit in Berlin

Nach dem Stichtag von 10. 12. hat sich die Zahl der vorüberdauernden Betriebe in Westberlin weiter auf 11.700 (11. 12. 1949: 13.156) verringert. Davon wurden 37.067 (30.973) Arbeitnehmer betriebslos.

Westberlin erhält Gegenwert- mittel nach im Dezember

Der Berliner Oberbürgermeister, Professor Ernst Reuter, kündigte am Montag nach seiner Rückkehr aus Bonn vor Pressevertretern an, Berlin werde noch im Dezember die vorerhöhte 35 Mill. D-Mark aus dem Gegenwertmittel erhalten. Hiervon sind 10 Millionen für die Industrie, 25 Millionen für den Wohnungsbau, 10 Millionen für Kredite unter 100.000 Mark an kleinere Betriebe, 1,5 Mill. D-Mark für die Post und 1,5 Mill. D-Mark für Verkehrsunternehmen vorgesehen.

Reuter gab bekannt, daß außerdem

in den nächsten Tagen mit einer Verfügung der hohen Kommission über die Preis- und Aufwertauf der Umsätze zu rechnen sei. Hierdurch würden Berlin weitere 100 Mill. D-Mark zufließen. Wie der Berliner Oberbürgermeister weiter mitteilte, habe Berlin Ende November bereits die ersten 20 Mill. D-Mark erhalten und den Bundesfinanzminister bereitstellen monatlichen Haushaltsumsätzen von 60 Mill. D-Mark erhalten. Die restlichen 30 Mill. werden am 15. Dezember erwartet. Reuter vertrat die Auffassung, daß die Haushaltsrechnung im nächsten Jahr nicht mehr im vollen Umfang erfüllt sein werde. Es deute alles darauf hin, die Wirtschaftslage Berlin werde sich bis zu diesem Zeitpunkt so weit verbessert haben, daß ein Teil dieser Zuschüsse verzichtet werden könne. Reuter verwies in dem Zusammenhang auf die im letzten Monat erhobene Steuererhöhung, die allein im November um 15 Mill. D-Mark-Mark gestiegen seien. Die Umsatz- und Gewerbesteuer habe an der Erhöhung einen wesentlichen Anteil. Dadurch sei ein Magarat im Dezember zum ersten Male wieder in der Lage, die Gehälter und Löhne der Angestellten und Arbeiter in einem Betrag zu zahlen. Außerdem habe der Magistrat einen erheblichen Teil seiner Rückstände begleichen können.

Trotzdem sagen sie aus dem auf fast jede Ware gerichteten Kaufdruck im Herbst vorigen Jahres Nutzen und halten wie der gesamte übrige Einzelhandel eine kräftige Zunahme der Umsätze. Von dem maßgebend durch die Kreditbeschränkungen bewirkt Nachlassen der Vertriebsstärke im Winter wurden sie aber stärker als viele andere Einzelhändler betroffen. Bei dieser Änderung der Geschäftslage war es ihnen nämlich zunächst nicht möglich, aus der nun bessereren während dem Winterwirtschaft ihren früheren Kundenkreis wieder zu gewinnen.

Seit einigen Monaten ist jedoch zu beobachten, daß sich erneut ein fester Kundenstamm für die Kleingeschäfte bildet. Oftmals ist es gelungen, wieder Fahrkarten zu finden, die sich in ihrem Produktionsprogramm auch auf die Bedürfnisse dieser Geschäfte und ihrer Kunden einstellen. Jedenfalls haben die Kleingeschäfte auf wichtigen Gebieten das für ihren Kundendienst wesentliche Warenangebot mehr oder weniger erhalten können. Aus nachgelassenen Gründen lassen die Textilverkäufe in dieser Richtung noch am meisten zu wünschen übrig. Somit ist jedoch die billige und einfache Verbrauchsgüter weit mehr als im ersten Halbjahr 1949 zu bekommen. Darauf beruht an erster Stelle die Umsatzsteigerung der Kleingeschäfte in den jüngsten Monaten.

In gewissem Umfang, wenn auch nicht in dem gleichen, gelten die vorstehend erwähnten Gründe auch für den Umsatzverlauf bei den Warenhäusern. Ihr wachsender Anteil am Gesamtumsatz des Einzelhandels bringt die Warenhäuser allmählich wieder in ihre frühere Position. Sie konnten den früheren Umsatzanteil bisher allerdings auch deshalb noch nicht erreichen, weil die großen westdeutschen Warenhäuser in den vergangenen Monaten unter Umgehung der Beschränkungen besonders stark gelitten haben.

Deutsche Warenzeichen sollen

Eigentümern zurückgegeben werden

Der Bundesrat beschloß am 16. Dez.

mit Mehrheit, die Bundesregierung zu ersuchen, mit den hohen Kommissaren über die Rückgabe deutschen Warenzeichen zu verhandeln. Der Abgeordnete Dr. Hoesgen (CDU) wie als Berichterstatter des Ausschusses für Patentrecht darauf hin, daß nach dem Krieg deutsche Warenzeichen den Inhabern durch die Besatzungsmächte entzogen worden seien. Der Ausschuss habe sich einen Antrag der FDP angeschaut und fordere, daß diese Warenzeichen „admittieren“ und ohne jede Einschränkung an die berechtigten Eigentümer zurückgegeben werden müssen.

Bemüht die Reparationslieferung

der deutschen Wirtschaft aus der laufenden Produktion gab Orloff bekannt, daß sie zur Zeit etwa 3 Prozent der Produktion betragen. Orloff sprach sich die Hoffnung aus, daß Hamburg kraft seiner weltweiten Verbindungen Exporteur- und Importeurfunktionen für die Ostzone übernehmen sollte, vor allem im Verkehr mit den Überseegebieten, während die Ostzone den Außenhandel für Westeuropäische nach Süd- und Osteuropa vermitteln könnte. Voraussetzung sei, daß die Kräfte der Wirtschaft in beiden Teilen Deutschlands sich bemühen, die organisch gewachsene Verflechtung nicht zu zerstören, sondern vielmehr zu festigen.

Auf die Frage, ob Orloff Interzonen-

handelsgespräche mit dem zur Zeit in Hamburg weilenden Bundeswirtschaftsminister Erhard geführt habe, erwiderte Orloff, er habe noch nie mit Erhard über den Interzonenhandel gesprochen.

Ostzone erkennt keine Kompensations-

geschäfte mehr an

Die Ostzone wird mit Wirkung vom 1. Januar 1950 keine Kompensationsgeschäfte im Interzonenhandel mehr anerkennen, da solche Geschäfte nicht den Geschäftspartnern der ostdeutschen Kaufleute entsprechen, erklärte der Präsident der Hauptverwaltung Interzonen- und Außenhandel in der Deutschen Wirtschaftskommission, Orloff, am Freitag nach Besprechungen mit Hamburger Kaufleuten über praktische Möglichkeiten, den Interzonenhandel zu vereinfachen. Diese Verhandlungen beendete Orloff einen VWD-Vertreter gegenüber als „Induzierendes Gespräch für die gesamte deutsche Wirtschaft“. Für die Entwicklung des Interzonenhandels nach Aufhebung der Interzonenbeschränkungen nannte Orloff folgende Zahlen: Mai 67 Mill. DM Warenumsatz, Juni 74,8 Mill. DM, Juli 93,3 Mill. DM, August 53,5 Mill. DM, September 74,7 Mill. DM, Oktober 69,7 Mill. DM und November 67,3 Mill. DM. Der Interzonenhandel müsse aber wenigstens monatlich 100 Millionen DM erreichen. Vor dem Krieg betrug der Güterverkehr, der jetzt durch die Zwangsprogramme gebrachten deutschen Gebiete jährlich etwa 4 Milliarden RM.

Schwierigkeiten der Heiz- und Kochgeräte-Industrie

Trotz saisonbedingter Absatzsteigerung sind neue Fertigerwaren-Läger entstanden — Export nicht nennenswert — Preise laßerst kalkuliert

Die Absatzoffen der Heiz- und Kochgeräte-Industrie wurden im Oktober zum ersten Male im Bundesgebiet veröffentlicht (siehe die vorherige Ausgabe der „Wirtschaftsrevue“). Der Gesamtabsatz in Westdeutschland betrug 20.518.000,— DM. Die Vertriebsstellen für den Bereich des VWG sind 24.043.000,— DM im Oktober gegenüber 20.758.000,— DM im September.

Britische Zone	13.192.000,—	DM
Isen	7.403.000,—	DM
Württemberg-Baden	2.918.000,—	DM
Frankrische Zone	1.478.000,—	DM
Bayern	1.484.000,—	DM

Für Westdeutschland entfielen vom Gesamtabsatz in Höhe von 20.518.000,— DM auf die einzelnen Geräte:
Kochherde 10.528.000,— DM
Öfen 6.884.000,— DM
Gesamtkocher 2.749.000,— DM
sonstige Geräte 2.964.000,— DM
Der Anteil der einzelnen Länder am Oktoberabsatz setzt sich wie folgt zusammen:

Sept.	10.385.000,—	DM
Sept.	4.780.000,—	DM
Sept.	2.071.000,—	DM
Sept.	1.131.000,—	DM
Sept.	1.112.000,—	DM

Die Heiz-, insbesondere Öfenbedarf, dürfte sich im kommenden Jahr beträchtlich erhöhen. Sollte das geplante soziale Wohnungsbauprogramm frühzeitig genug in Angriff genommen werden können, so ist damit zu rechnen, daß bereits in der Voraison eine verstärkte Nachfrage nach Heiz- und Kochgeräten auf dem Markt einsetzen wird. Die Ausstattung der Produktionsstätten vor allem auf dem Ostsektor wird maßgebend bestimmen werden von dem Absatz im Frühjahr 1950. Mangels Absatz würde eine enorme Produktionsdrängung nach sich ziehen können, weil das Selbstkostengefälle der Erzeugnisse der Heiz- und Kochgeräte-Industrie eine erhebliche Zinsbelastung durch erforderliche Kredite nicht vertragen würde.

Eine Verbesserung der Erhverhältnisse

ist allerdings aus den für den sozialen Wohnungsbau notwendigen Geräten keinesfalls zu erwarten. Die Möglichkeit, wie in anderen Industriezweigen Umsatzschwierigkeiten auf dem Binnenmarkt durch gesteigerten Absatz auf der Exportseite auszugleichen, besteht bei der Heiz- und Kochgeräte-Industrie nicht. Der Export von Erzeugnissen der Heiz- und Kochgeräte-Industrie, der vor dem Krieg vorwiegend nach Holland, Belgien, Italien, Frankreich und dem Balkan stattfand, war, hat trotz bedeutender Bemühungen bisher keinen nennenswerten Umfang angenommen. Der gegenwertige Report der Heiz- und Kochgeräte-Industrie macht nur einen Bruchteil des Volumens der Vorjahreszeit aus.

Die Heiz- und Kochgeräte-Industrie befindet sich in einer schwierigen Lage. Die Absatzverhältnisse sind nicht so günstig, wie sich aus den veröffentlichten Zahlen ergibt. Die Preise sind laßerst kalkuliert, was zu einer Verengung der Produktionsmöglichkeiten führt. Die Konkurrenz ist stark, und die Erzeugnisse werden nicht so schnell abgesetzt, wie man erwarten möchte.

Die Preise sind laßerst kalkuliert, was zu einer Verengung der Produktionsmöglichkeiten führt. Die Konkurrenz ist stark, und die Erzeugnisse werden nicht so schnell abgesetzt, wie man erwarten möchte.

Die Preise sind laßerst kalkuliert, was zu einer Verengung der Produktionsmöglichkeiten führt. Die Konkurrenz ist stark, und die Erzeugnisse werden nicht so schnell abgesetzt, wie man erwarten möchte.

Die Preise sind laßerst kalkuliert

was zu einer Verengung der Produktionsmöglichkeiten führt. Die Konkurrenz ist stark, und die Erzeugnisse werden nicht so schnell abgesetzt, wie man erwarten möchte.

250000 Wohnungen im Jahre 1950

Das Bauprogramm der Bundesregierung und seine Finanzierung — Sozialer Wohnungsbau neben privatem — Ohne Verbrauchsverzicht geht es nicht

Das wachsende Wohnungsdefizit beträgt 1 Millionen Wohnungen, der Bundeshaushalt ist ungefähr doppelt so hoch wie 1930, die öffentliche Hand nach einer vorübergehenden relativen Kasernenfülle, hat im kommenden Jahr mit ziemlich knappen Finanzverhältnissen zu rechnen. So scheint es zunächst eine Art Quatzen zu sein, die gefordert wird, das Wohnungsproblem zu lösen. Dieser Beginn soll mit dem Bau von 250 000 Wohnungen im kommenden Jahr (1946 Westzonen: 173 000) gemacht werden. Wenn das in diesem Jahr und in jedem darauffolgenden wirklich glückt, dann wird es selbst wenn man von dem natürlichen Abgang an Wohnungen abzieht, der jährlich 10 bis 15 000 betragen dürfte, während Jahr danach bis das Wohnungsproblem gelöst ist. Man muß daher vermuten, daß es überhaupt nicht so einfach sein wird. Mit anderen Worten: die Art, zu wohnen, die bis zum Krieg in Deutschland üblich war, gehört der Vergangenheit an.

Der Vergangenheit gehört auch das Argument an, daß die Bewältigung der Wohnungsbewirtschaftung die Frage lösen würde. Wohl würde in der Theorie dadurch das Kapital für den Neubau derjenigen Zahl von Wohnungen, die wirklich gebraucht werden, beschafft werden können. Da jedoch auch dann viele Jahre vergehen müßten, bis ein entsprechendes Angebot im Wege der Konkurrenz für vernünftige Mieten sorgen könnte, ist das Argument völlig irreal, weil politisch undurchsetzbar. Eine Regierung, die ein solches Programm verfolgte, würde ohne Zweifel, sowie sich die sozialen Folgen nur andeutungsweise zeigen, alsbald durch eine Revolution ersetzt werden, die zur vollen Sozialisierung des Wohnungswesens schritte und dann nicht beim Wohnungswesen stehen bliebe. Der Anspruch auf eine Wohnung, deren Miete in einem vernünftigen Verhältnis zum Einkommen steht, ist nach mehrjähriger strenger Wohnungswirtschaft und der geschichtlichen Katastrophe der Bombardements so tief verwurzelt, daß er respektiert werden muß.

Daraus ergibt sich für jeden denkenden Menschen, er mag im übrigen noch so liberal eingestellt und ein extremer Anhänger der Marktwirtschaft sein, daß auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft eine gewisse Lenkung unvermeidlich ist. Man läßt die Marktwirtschaft einen schlechten Dienst, wollte man sie mit dem untragbaren Odium belasten, das unweigerlich entstehen müßte, wollte man die Mieter von Wohnungen, d. h. um eine Ware konkurrieren lassen, von der feststeht, daß sie auf viele Jahre hinaus eine Mangelware erster Ordnung sein wird.

Auf der anderen Seite ist es selbstverständlich, daß ein rentabler Wohnungsbau bei vergrößerten Bundesmitteln und weiteren reduzierten Einkommen, in großen Maße nicht möglich ist. Zwar mag eine Reserve von einigen Hunderttausend Wohnungsbauenden, ein kleiner Bruchteil der erwähnten 1 Millionen, vorhanden sein, die gewollt und instand sind, Baukostenrückstände und hohe Mieten aufzubringen; dem ist es zu verdanken, wenn die Wohnbauindustrie, einer Münchener Statistik zufolge, im Juni 1949 den an sich nicht sehr hohen Stand des Juni 1939 erreicht haben soll. Dieser Vorzug ist sicherlich auch kundenunabhängig nicht ohne belang; ja sogar trägt er zum Volkseinkommen bei. Die Wohnungsbaufrage als ganze wird aber dadurch kaum beeinflusst, sondern sie muß dadurch gelöst werden, daß es für jeden irgendwie absehbar wird, einmal überhaupt menschenwürdig zu wohnen, und zum andern auch dort wohnen zu können, wo er seines Berufs und Erwerbs wegen wohnen muß.

Unter solchen Umständen ist es eine Notwendigkeit, daß der Staat auftritt und das Wohnungsproblem, das als soziale Wirtschaftsfrage und daher geworden ist, als eine soziale Frage zu lösen versucht. Die Fragestellung: privater oder sozialer Wohnungsbau ist daher nicht richtig. Notwendig ist der soziale Wohnungsbau, weil der private das Problem nicht zu lösen vermag. Dieser mag dennoch ungehindert neben dem sozialen stehen. Die Bundesregierung hat sich daher mit Recht für den sozialen Wohnungsbau entschieden, was gleichbedeutend mit der Bereitstellung hoher Beiträge aus dem Bundeshaushalt für diesen Zweck ist. Die Kosten für 250 000 Wohnungen werden mit 1,7 Milliarden DM bedingt, wozu noch ein Betrag von einigen hundert Millionen für die Beschaffung moderner Baumaterialien kommen mag. Natürlich ist dieser Betrag von zusammen ca. 2,2 Milliarden nur Teil ganz außerhalb der Reichweite des Bundeshaushaltens. Man hofft aber, ein Drittel etwa durch Sparkassen, Versicherungen, Bausparkassen und öffentlich-rechtliche Kreditanstalten, weiter ca. 500 Millionen aus Umstellungsgeldern, von der Wiederaufbaubank, aus Mitteln der Sozialhilfe und der Wohnbauleihe, schließlich weitere 500 Millionen aus den Einfuhrverrechnungskonten aufzubringen, so daß Bundesmittel nur im Betrag von ca. 400 Millionen herangezogen zu werden brauchen. Es ist endlich die Frage, ob die Leistungsfähigkeit der Sparkassen usw. nicht überschätzt wird — Hypothekendarlehen sind zunächst immer noch nicht recht absetzbar —, weiter, ob sich die Amerikaner mit einer so hohen Inanspruchnahme der Einfuhrverrechnungskonten für den Wohnungsbau einverstanden erklären werden, zuletzt auch, wie die außerhalb des Bundeshaushalts von der öffentlichen Hand aufzubringenden rund 800 Millionen (Umstellungsgeldern usw.) finanziert werden können.

Man könnte diese Fragen für rein technische der Finanzwelt ansehen, sie sind es, und das könnte sich als das Tragische an der Sache erweisen, als wären ein hochprinzipieller Politiker Wohnungsbauenden, als langfristige Anlagen, ihrer Natur nach nur aus Erträgen finanziert werden, d. h. aus Verkaufserlösen. Infolge dessen muß der ganze Betrag, der von der öffentlichen Hand aufgewandt wird, soweit er nicht aus Veräußerungserlösen und Spargeldern kommt, aus echten Steuererträgen entnommen werden, also aus erwartungen Verbraucherverzicht. D. h. mit anderen Worten, daß ein Staat, der in großem Maßstab Wohnungen baut, für die Inanspruchnahme kurzfristiger Kredite nicht mehr in Frage kommt, indem sonst infolge der Wohnungsbau mittels kurzfristigen Kredits mit allen inflationistischen Folgen eines solchen Prozesses finanziert werden. Im Hinblick dieser Sachlage ist es nicht ganz unverständlich, wenn die Frage nicht zur Ruhe kommt, ob zur Finanzierung des Wohnungsprogramms nicht eine Zwecksteuer herangezogen werden kann, die auf die Alleinsteuern aufzuschlagen wäre. Sie läßt sich nicht mit dem Schlagwort abweisen, daß dann der Staat die Kapitalbildung einseitig, und dadurch die Sozialisierung des Wohnungswesens einleitet. Denn an der

Reife, wo eine solche Steuer erhoben würde, findet gar keine Kapitalbildung statt, sondern nur Verbrauch. Wir sind weit entfernt davon, uns mit diesem Hinweis etwa für eine neue — oder für Ausdehnung einer bisher nur lokal erhobenen — Steuer einzusetzen zu wollen. Im Gegenteil, das gesamte Steuerfließen ist auch heute schon für die Tragkraft unserer Produktion viel zu hoch. Doch ist der Wohnungsbau unerschöpfbar. Und es würde vielleicht sogar besser sein, eine Zwecksteuer für den Wohnungsbau zu erheben, als über kurz oder lang in die Lage zu kommen, vitale Steuererträge fallen lassen zu müssen, von deren Durchführung die Gesundheit der deutschen Wirtschaft überhaupt abhängt. Die richtige Methode freilich wäre eine andere. Nämlich die den Verbraucherverzicht, der den sozialen Wohnungsbau umbedingt begleiten muß, sei es in der freiwilligen Form von Erträgen auf den Sparbüchern, sei es in der erzwungenen der Steuererhebung, durch einen Verbraucherverzicht in der Verwaltung selbst zu ersetzen. Finanzierung des Wohnungsbau durch Einschränkung anderer staatlicher Ausgaben, das sollte die Parole sein. Es wäre die strengste wahrhaft gesunde Finanzierungsweise. Aber es besteht wenig Hoffnung, daß sie angewandt werden wird. P.

Ziegelbauweise und ihre Konkurrenz

Der alte Kampf: Bewährung contra neue Erfindung — Überholte Vorschriften hindern — Mit den Behörden sind alle nicht zufrieden

Zum Bau gehört der Ziegel. Das war die Meinung seit Jahrhunderten. Heute ist eine Konkurrenz aufgetreten, die es im Häuserbau bisher nicht gab. Es gibt Häuser aus Stahlplatten, aus besonderen Holzplatten (siehe unsere Reportage in Nr. 48) und es gibt heute Wohnhäuser, die aus Schüttbeton hergestellt werden. Selbstverständlich haben diese neuen Bauarten für sich Propaganda gemacht, d. h. sie haben ihre Vorteile herausgestellt. Es gab schließlich sogar ein Wettrennen in Essen, wo zu gleicher Zeit ein Schüttbetonhaus und ein Ziegelbau gleicher Größe begonnen wurden. Dieser Wettstreit endete mit ein paar Stunden Vorsprung der Ziegelbauweise.

Der Ziegel hat also noch keineswegs abgewirtschaftet. Was er zu seinen Gunsten anführen kann, ist die Bewährung. Die neuen Bauweisen können die Bewährung gar nicht beweisen, weil noch keine dieser Häuser 30 oder gar 100 Jahre steht. Dagegen sind sowohl in Deutschland als auch neuerdings in Österreich Einzelne von Häusern, die nach neuen Bauweisen gebaut wurden, passiert. Nun soll damit keineswegs etwas gegen die neuen Bauweisen gesagt werden: Aller Anfang ist schwer, und Kinderkrankheiten gibt es bei jeder neuen Erfindung.

Entscheidend vielmehr ist, daß die Ziegelbauweise neben ihrer Bewährung, die man ihr ja nun mal nicht absprechen kann, nicht nur in der Schnelligkeit bei der Fertigstellung des Hauses, wie wir sehen, mit den neuen Bauweisen konkurrieren kann, sondern auch im Preis; denn es ist der Ziegelindustrie möglich nachzuweisen, daß es Siedlungskörper, sogar aus Klörnern, gibt, die mit 30 DM pro qm umhüllten Raumes schiffelfertig erstellt werden und werden. Im übrigen sollte man bei der Debatte über Bauweisen nicht absichtlich schief argumentieren. Dem Kostenanteil, den die Ziegelindustrie an einem Bau für sich beansprucht, beträgt nach den verschiedensten Schätzungen im höchsten Falle 12%. Berücksichtigt man diese Wertrelation, dann darf man nicht die Ziegelbauweise für die Verteuerung der Baukosten so verantwortlich machen, daß man sie für überhöht erklärt. Nun, wir leben in der Zeit der Propaganda und der Überreibungen, und es muß schließlich jedem überlassen bleiben, wie er sich sein Haus baut. Auf einer kürzlich stattgefundenen Versammlung von Bauingenieuren wurde festgestellt, daß der Ziegel, insbesondere der großformatige Lochziegel — bei eingehenden vergleichenden Leistungsverhältnissen — mit den meisten Neubauweisen nicht nur Schritt zu halten vermöchte, sondern diesen oft überlegen ist. Auch die Ziegelbauweise ist inzwischen mechanisiert worden. Wir bringen in Nr. 48 die Meldung, daß ein großformatiges Schnellmauergerät erfunden und bald industriell werden kann. Dadurch werden die Mauerarbeiten am Ziegelbau auf 1/4 bis 1/2 des bisherigen Zeitaufwandes reduziert.

Alle Eigenschaften zusammen, darauf kommt es an. Jedoch nicht nur am Bau, sondern in der Fabrik hat man modernisiert und rationalisiert. Wir bringen heute in unserer aktuellen Reportage auf Seite 8 einen Bericht über ein modernes Dachziegelwerk. Aber auch bei Mauergeräten ist man vorwärts gekommen. Die Lochziegel, die ganz modernen Wabenziegel, bieten so viele positive Eigenschaften, daß sie schwer nebeneinander aufgezählt werden können. Nimmt man alle diese Eigenschaften zusammen, nämlich Druckfestigkeit, Wärmeisolation, Trockenheit, Wasserdurchlässigkeit, Schalldämmung, Frost- und Witterungsbeständigkeit, Feuerbeständigkeit, Lichtfestigkeit, dann ist dies alles zusammen genommen, der Ziegel schon heute noch nicht geschlagen. Und noch etwas: stellt man einen trockenen Ziegel einem trockenen anderen Baustoff gegenüber, dann ist der Ziegel sogar in der Regel bei gleichen Raumgewichten das Leichtbaustoff gegenüber wesentlich überlegen. Auch bei den Dachziegeln können heute moderne Anforderungen erfüllt wer-

den. Selbst Dachflächen mit geringsten Neigungen können mit den modernen Dachformen schlagregen-dicht und pulverstauend-dicht gedeckt werden. Wie halbrund aber ein Ziegeldach ist, kann jeder selbst beurteilen, wenn er einmal an einem alten Klosterbau vorbeikommt, den der Krieg verschont hat.

Was findet man? Nun kommt aber die Keilweise. Wir müssen uns dazu auf politisches Gebiet begeben. Spricht man als Zeitungsmann mit einem Vertreter der neuen Bauweisen, dann bekommt er sich darüber, daß die Baubehörden die Ziegelbauweise in jeder Hinsicht bevorzugen. Neue Baumethoden würden von den Behörden abgelehnt oder mit so viel Schwierigkeiten belastet, daß sie sich nicht entwickeln könnten. Prof. Messerschmidt habe man in Bayern die Durchführung seiner Pläne unmöglich gemacht, so daß er nun in Indien seine Vertreter der Ziegelbauweise, dann bekämpfte diese ebenfalls über die Behörden. Sehen wir uns diese Bauweisen nun einmal näher an. Von den Mauersteinen 2. Klasse wird behauptet, sie sind ein Mindestgewicht von 100 kg verleiht, bei den sogenannten Leichtbaustoffen wurde später festgestellt, daß sie nur 20 kg pro qm Festigkeit zu haben brauchen. Demgegenüber hat, so sagt man in Ziegelfreisen mit Recht, in Wahrheit der Leichtbaustoffe freien Willkür, sozusagen, denn mit der Verringerung der Druckfestigkeit können die Steine im Betrieb leichter, also wirtschaftlich besser und daher dünnerwandiger ausgeführt werden.

Ein Zopf ist abzuschneiden. Als meiste Belastung empfängt die Ziegelindustrie die Behauptung der Wanddicken. Der Mauerziegel hat selbstverständlich eine Innengröße, und als man 1873 den Mauerziegel normierte, gab es weder eine Baupolizei noch ein Bauwesen. Noch Lehmziegel, weder Wärmeisolation noch Raumgewichte. Der Ziegel wurde (einschließlich Mörtelfuge) auf 18 cm Dicke in der Länge, 3 cm in der Breite und 6,5 cm in der Höhe (weil nicht alle 3 Maße parallel sein sollten) und die Bayern schon damals ihre Baucodes nicht zu ändern beliebten. So entstand für heilige Begriffe ein ziemlich willkürliches Maß und damit auch die Festsetzung von 38 cm Wanddicke als sogenannte Normalwand. Während heute in Holland z. B. typischerweise Wohnbauten tragende Außenwände von nur 22 cm Dicke zu haben brauchen, ist bei uns noch teilweise vorgeschrieben, daß die unteren 2 Geschosse 31 cm dick, die oberen 28 cm dick ausgeführt werden müssen, obwohl die klimatischen Unterschiede nicht so groß sind wie in Deutschland. In Deutschland ist weiter noch vorgeschrieben, daß für drei- und mehrgeschossige Wohnbauten die Ziegel eine Festigkeit von 150 kg pro qm aufweisen müssen, aber — wie schon oben erwähnt — Schüttbetone, Bims, Schlickerzeugnisse und Schaumbeton nur eine Würfelkraft von 25 kg pro qm zu haben brauchen. In Hamburg i. B. werden für tragende Zwischenwände seit 1920 festgesetzt, nur 11,5 cm dicke Ziegelwände durchzusetzen, ausführt im örtlichen Deutschland sind solche von 30 und 25 cm Dicke immer noch vorgeschrieben.

Berücksichtigt man dies alles, so wird man wohl sagen können, daß die Ziegelbauweise durch beherrschende Vorschriften daran gehindert wird, billiger und schneller zu bauen. Wenn trotzdem der Ziegel konkurrenzfähig ist und bleibt, dann würde bei Reduzierung der beherrschenden Vorschriften, ohne daß damit die Solidität der Bauten irgendwie würde, die Ziegelbauweise heute noch alle ihre Konkurrenten im Wettlauf weit hinter sich lassen. So überholt sie den Ziegelbauweise keineswegs, jedenfalls nicht an Überholte, wie behauptet wird. Die Behauptung, daß der Bau an den Behörden kranket, das ist eine moderne Erfindung — und die modernsten Ziegelindustrie kommt gegen diese moderne Erfindung nur schwer an. H.

Reiche Türen karge Äcker...

Reich, fruchtbar, unerschöpflich ist der geeignete Boden des klassischen Tabaklandes Virginia. In seinen üppigen Plantagen wächst ein wahrhaft „großer“ Tabak — großartig durch den mächtvollen Wuchs der Pflanzen und Blätter, großartig auch durch seinen kraftvoll wirksamen Geschmack, auf den selbst verschworene Anhänger der Orient-Cigarette nicht verzichten wollen.

Aus kargen Äckern und mageren Böden „zieht“ der Tabakbauer des Orients seine satten, kostbaren Pflanzen. Nur hungrende Pflanzen in humusarmen Böden vermögen jenseitig köstliche Aroma zu entwickeln, das den kraftvoll wirksamen Geschmack der FOX in unvergleichlich abmildert.

TABAKLAND VIRGINIA - und TABAKLAND ORIENT geben ihr Bestes zum Besten der FOX



mild und süß

Volkseinkommen und Marshallhilfe

Osterreich und Griechenland erhalten im Verhältnis am meisten

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) untersucht in einem Bericht das Volkseinkommen der am Marshall-Plan teilnehmenden Staaten und kommt hierbei zu zweifelslos beachtenswerten Ergebnissen. Das Volk-

einkommen dieser Länder kann heute selbstverständlich nur geschätzt werden, jedoch ist anzunehmen, daß die Bank über genügend einwandfreie Unterlagen verfügt, so daß die Zahlen etwa der Wirklichkeit entsprechen dürften.

Das Ziel verfolgt, die europäischen Länder bis zum Jahre 1952 wirtschaftlich auf „eigene Beine zu stellen.“ Das Blatt schreibt: „Es kam das Jahr 1952. Bis dahin ist die Atomombe zwar nicht geworden worden, aber der Marshall-Plan ist abgeklungen. Verschiedene Länder haben sich darauf vorbereitet. Belgien besaß einen starken Franken. Deutschland hatte infolge seiner strengen Rationierung große Vorräte angehäuft. England hatte unter einer Regierung der nationalen Einheit die Austerität-Politik fortgesetzt und die wichtigsten Absatzgebiete zurückgewonnen, so daß sich Ein- und Ausfuhr etwas deckten. Das französische Volk aber war überrascht, obwohl der Zeitpunkt der Beendigung der Marshall-Hilfe gleich bei ihrem Beginn bekanntgegeben wurde. In großen Schlagzeilen verkündeten die Pariser Blätter die „Nationale Katastrophe Marshall-Hilfe beendet, in sechs Wochen kein Benzin, in sechs Wochen keine Baumwolle.“ Der rasch einberufene Ministerrat tagte ununterbrochen. Unter Vorsitz eines Ministers unterzeichnete eine Reihe von prominenten Fachleuten die Auswirkung dieser Ereignisse. Als erste Verordnung wurde der Benzinpreis auf 190 Franken je Liter erhöht, Fabrikten an Sonn- und Feiertagen und an Werktagen zwischen 19 und 8 Uhr verboten. Eine andere Kommission beschloß auf Verlangen der Textilarbeitergewerkschaft, daß für die arbeitslos Gewordenen sofort ein Notstandsfonds eingerichtet werde und eine Sondersteuer auf Lohn, Einkommen, Kapital und Mieten erhoben wird, die in diesen Fonds fließen müsse. Eine dritte Kommission verleierte den Franc um 30% ab. Eine vierte Kommission...

Verhältnis der Marshall-Hilfe zum Volkseinkommen (Zeitraum Juli 1948 bis Juni 1949)

Land	Volkseinkommen Mill. Dollar	Direkte Hilfe	Netto-Hilfe	
			Hilfe	in Prozent des Volkseinkommens
Belgien-Luxemburg	7 000	248	40	0,5
Dänemark	2 300	109	118	3,1
Frankreich	37 000	510	501	1,3
Griechenland	20 500	981	1304	6,3
Irland	1 300	145	212	16,3
Italien	40 000	1 330	949	2,3
Japan	1 000	78	78	7,8
Niederlande	1 000	5	5	0,5
Norwegen	5 000	588	555	11,1
Osterreich	2 500	470	541	21,6
Schweden	2 500	83	115	4,6
Türkei	2 500	215	279	11,1
Portugal	2 500	47	33	1,3
Schweiz	2 500	18	18	0,7
Marshall-Plan-Länder insgesamt	123 000	4 743	4 743	3,8
Westen Staaten	230 000	4 743	4 743	2,1

Die Einwohnerzahl der am Marshall-Plan beteiligten Länder umfaßt rund 270 Mill. Einwohner. Aus der oben angeführten Tabelle geht hervor, daß die Marshall-Hilfe bei einzelnen Ländern, z. B. Osterreich, Griechenland und die Niederlande, einen erheblichen Prozentsatz des Volkseinkommens bedeutet, bei anderen Ländern beträgt sie das Volkseinkommen kaum, wie z. B. in Schweden und Belgien-Luxemburg. Am aufschlußreichsten ist jedoch die Gegenüberstellung des Volkseinkommens dieser Länder mit dem der Vereinigten Staaten. Die USA haben fast das doppelte Volkseinkommen bei 150 Millionen Einwohnern, also 330 Milliar-

den Dollar gegenüber 123 Milliarden. Die Hilfe, die die USA im Rahmen des Marshall-Planes Europa im ersten Jahre leisteten, beträgt also 3,1% des amerikanischen Volkseinkommens. Wenn es gelingt, die Amerikaner für die Abnahme von Erzeugnissen der Marshall-Plan-Länder in Höhe von 3,1% dieses Einkommens zu gewinnen, dann könnte Europa wirtschaftlich wahrscheinlich wieder gesunden.

...und am Ende? Ein französisches Wirtschaftsblatt schreibt, mit einem guten Schuß Selbstironie, die Lage nach Beendigung der Marshall-Plan-Hilfe, die bekannt-

Das französische Blatt ist gegenüber den anderen Marshall-Plan-Ländern sehr höflich. Es könnte aber durchaus der Fall sein, daß nicht nur Frankreich nach Beendigung der amerikanischen Hilfe auf nur einen Bein stehen wird.

Stahl-Desoxydierung mit Aluminium

Ein neues in Frankreich erprobtes Verfahren — Manganverbrauch vermindert sich um 30 %

Von HERBERT M. A. F. - Korrespondenten in Paris

Der Fortschritt, der besaß, als man den Stahl zur Verhinderung der Oxydierung Mangan beizugibt ist noch allgemein bekannt und verursacht damals eine Art Revolution in der Stahlherstellung.

Aber diese Neuerung hatte, wie jeder Fortschritt, einige Nachteile, die sowohl technischer als auch wirtschaftlicher Natur waren, und die man unter der heutigen, günstigen wirtschaftlichen Bedingungen vielleicht überwinden könnte.

Wirtschaftlich gesehen sind Manganerze selten, besonders in Westeuropa. Tatsächlich deckt Europa seinen ganzen Bedarf in Rußland und in Indien. Der Krieg, sowie der auswärtsgerichtete Dollarmangel zwangen aber zu einer außerordentlichen Steigerung im Verbrauch dieses Erzes und veranlaßten die Forscher andere Lösungen zur Desoxydierung des Stahls zu suchen, die gleichzeitig Europa unabhängig vom Ausland machen sollen.

Vom technischen Standpunkt aus gesehen kann die Verwendung des Mangans das Problem der Desoxydierung des Stahls keinesfalls vollkommen lösen.

Das Mangan ist kein „vollkommenes Desoxydierungsmittel“; mit anderen Worten gesagt, es befindet sich im Stahl nicht genug Mangan, das eine Oxydierung verhindern könnte. Es besteht darum die Notwendigkeit einer zusätzlichen Desoxydierung durch den Zusatz von Silizium oder Aluminium, und nur der so behandelte Stahl eignet sich bei der Abkühlung keine Gasen mehr zu.

Neben seiner Eigenschaft als Desoxydierungsmittel hat das Mangan die Besonderheit, das Metall zu verändern, hauptsächlich durch die Erzielung des Schwefels, oder durch die Komplettierung des im Stahl vorhandenen Schwefels und Sauerstoffs. Die Veränderung ist bis zu einem gewissen Grad gültig, jedenfalls nach der heutigen Auffassung der Konstrukteure.

Wir denken darauf hin, daß die Desoxydierung mit Mangan die zusätzliche Anwendung von Silizium oder Aluminium erforderlich macht. Diese beiden Methoden haben aber ihre Nachteile.

Das Silizium kann prinzipiell eine vollkommene Desoxydierung bewirken. Aber es kann bei diesem Verfahren zu viel Silizium im Stahl vorhanden sein und außerdem muß man damit rechnen, daß andere zugegebene Beimengungen sich nicht oder nur teilweise aus dem flüssigen Stahlbad ausscheiden lassen.

Das Aluminium ist wahrscheinlich das „mächtigste“ Desoxydierungsmittel, das der Technik und Industrie zur Verfügung steht. (Das Wort „mächtig“ bedeutet, daß das Aluminium am besten den Sauerstoff zu den bei der Stahlherstellung auftretenden Temperaturen absorbiert und dabei selbst eine große Hitze entwickelt.)

Bemerkenswert ist, daß das zur Verhinderung einer Oxydierung im Stahl vorhandene Aluminium schwach ist und schnell brennt, selbst wenn es einen beträchtlichen Gehalt an Kohlenstoff oder Mangan hat.

Doch seine Nachteile sind kleinlich: es „verfärbt“ das Metall, das sich dann schlecht gießen läßt. Dieses in der Praxis angewandte Verfahren des Aluminiumzusatzes erfordert stets die Beimischung gewisser Sorten von Erze.

Damit das Aluminium im Stahl keine Spuren hinterläßt, muß folgendes beachtet werden: es muß gut gemischt sein, die Temperatur des Stahlbades ist so hoch als möglich zu halten, der Arbeitsvorgang ist so schnell als möglich auszuführen. Es kann aber neben Stahl mit beträchtlichem Aluminiumgehalt, nur stark oxydierendem Stahl eine größere Menge Aluminium beigefügt werden. Man wird feststellen,

daß sich dabei eine große Hitze entwickelt, die die Abkühlung der Beimengungen durch die zunehmende Verflüchtigung des Stahlbades erschwert. Das ist im Prinzip das neue Verfahren, das in Frankreich angewendet wird und unter dem Namen Verfahren P.A.P. bekannt ist.

Aluminium kann jegliche Oxydierung verhindern.

Während der deutschen Besetzung hatten die französischen Hüttenwerke wenig Mangan aber unbedeutende Mengen Aluminium zu ihrer Verfügung. Jedermann weiß, daß Aluminium elektrischer ist, Frankreich aber verfügt über genügend Baukraft und elektrische Energie. Es würde darum im Interesse der gesamten europäischen Eisenindustrie liegen, das Mangan so weitgehend als möglich durch Aluminium zu ersetzen.

Gleich nach Beginn des Krieges bemühte sich Europa die Industrie auf den verstärkten Verbrauch von Aluminium hinlenken. Die Folge davon war, daß selbst Stahlarten mittlerer Qualität nicht mehr abgesetzt waren. Bald begnügte man sich damit, die Lösung des Problems in einem Verfahren zu finden, das es ermöglicht, mit dem geringsten Zusatz von Mangan einen Stahl herzustellen, der gerade noch haltbar war, bei gleichzeitiger Anwendung der besten Methode zur Vermeidung des zugesetzten Aluminiums. Auf die Verwendung des Mangans als Desoxydierungsmittel konnte noch nicht vollständig verzichtet werden.

Nichtdestoweniger wurden in dieser Richtung, einer vollständigen Verdrängung des Mangans, von einer bedeutenden Gruppe französischer Spezialisten Forschungen durchgeführt, die seit 1942 befriedigende Ergebnisse zeigten. Unter den damaligen Umständen konnte jedoch der Erfolg dieser Forschungen nicht Allgemeinwissen werden.

Seit 1945 werden diese Versuche mit überaus großem Eifer fortgesetzt. Dieser Stahl wird über einer genau bestimmten Menge Aluminium, die gerade ausreicht, den im Stahlbad vorhandenen Sauerstoff zu binden, in bester Leistung gebracht und dann von oben zu dem Aluminium zugesetzt. In einer zweiten Versuchsreihe versuchte man, nicht reines, sondern halbartes Stahl zu verwenden, indem man eine neue Methode normale Verhältnismengen des Stahls wie Mangan oder Kohlenstoff, zugesetzt wurden. Diese Methode fand dann auch Anwendung bei der Herstellung von Eisenbahnstählen.

Die ersten Schmelzergebnisse, die zu diesen Versuchen führten, sind auf den Zustand des zu verwendenden Aluminiums, Aluminium oxydiert, wenig an der Oberfläche sehr schnell, was seine chemische Veränderung verzögert, und eine bestimmte Wirkung auf die Transparenz der Erdbildung ausübt.

Ein zweites Ergebnis wurde erzielt mit der Anwendung von geschmolzenem Aluminium erzielt. In diesem Zustand tritt es eine heftige Reaktion ein und erhitzt außerdem das Bad sehr stark, so daß dann die Gase entweichen.

Das Verhalten des Aluminiums ist lehrreich. Es verliert sich wenig bei der Verbrennung mit dem Sauerstoff der Luft und der überblausen Stahl kann nicht mehr oxydieren.

Die beiden hauptsächlichsten Schwächen dieses Verfahrens bestehen:

1. in dem Gehalt an Rest-Aluminium, dem eine wichtige Bedeutung zur Erleichterung des Gießens zukommt;
2. in der gewissen Bestimmung der für den Stahl und für das Aluminium notwendigen Temperaturen.

Doch unter günstigen Bedingungen ist der in der Thomasthore gewonnene

Stahl ebenso sauber wie das beste im Martin- oder Elektrofen gewonnene Metall.

Ausgesprochen handelt es sich darum, dem Stahl das Mangan in der erforderlichen Zusammensetzung zuzuführen, ohne es die Reaktion der Desoxydierung beeinflussen zu lassen. Trotz verschiedener Schwierigkeiten, die sich bei der praktischen Durchführung ergaben, waren die Erfolge bei den Schmelzen zum Beispiel bemerkenswert und empfahlen die Anwendung dieses Verfahrens.

Schnellfertigkeit und Ausdehnung. Dieses Verfahren bietet sehr große Möglichkeiten:

1. Es erlaubt uns einen sehr weichen, aber doch kohlenstoffhaltigen und nicht oxydierendem Stahl auf besonders einfache und wirtschaftliche Weise herzustellen. (Geeignet für weiche Gußstücke.)

2. Bei der Herstellung von Blechen im allgemeinen und von Weichblech im besonderen ist dieses Verfahren das beste zur Gewinnung von nicht oxydierendem oder nur wenig oxydierendem Stahl.

3. Man kann mit ihm die weichen Stahlarten herstellen durch ein einfaches und genaues Verfahren ohne Mangan oder Silizium beifügen zu müssen (Zur Zeit werden sehr viele solcher Stahlarten hergestellt.)

4. In der allgemeinen Stahlherstellung bedeutet es eine wesentliche Verbesserung bei der Gewinnung von Thomasstahl (Mit der Anwendung des Überblasens kann es, in nach Bedarf, vervollkommen werden). Es ist gleichzeitig eine Verbesserung der Stahlgewinnung im Martin- und im Elektrofen. (Die Oxydierung des Stahlbades in der oben beschriebenen Art und Weise wird sich in Zukunft als ein Vorteil erweisen.)

5. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

Englische Werftindustrie hat Sorgen

Geringe Neuaufträge für das nächste Jahr — Starke Konkurrenz des Auslandes — Truman will die USA-Werftindustrie stärker verstaatlichen

Zum erstenmal seit einer Reihe von Jahren blüht die englische Schiffbau-Industrie in diesem Jahre nicht mehr ganz so unbegrenzt in die Zukunft wie früher. Im Hinblick auf den wieder ansteigenden deutschen Schiffbau werden die Sorgen der britischen Werftindustrie immer stärker.

Die weite Kluft zwischen den in diesem Jahr von der englischen Schiffbauindustrie abgeforderten Neuaufträgen (1,4 Mill. BRT) und den herkömmlichen Neuaufträgen (0,4 Mill. BRT) hat nicht allein in der englischen Werftindustrie Bestürzung ausgelöst; die englische Wirtschaft und die englische Volk sind in ihrer Innigkeit auf die Schiffahrt angewiesen und es ist deshalb natürlich, daß Schiffbaufragen und damit auch der Schiffbau in der Öffentlichkeit einer großen Aufmerksamkeit und einem besonderen Interesse begegnen.

Die auffallend niedrige Zahl der Neuaufträge steht im Widerspruch zu der Tatsache, daß ein verhältnismäßig großer Teil der englischen Handelsflotte die übliche Lebensdauer bereits überschritten hat. Die hohen Kosten für neue Schiffe, die steigenden Treibstoffpreise, die häufige Überschreitung der veranschlagten Preise für Neubauten, schließlich Zweifel in bezug auf die Tendenz der Frachtraten haben die Neugier zur Zurückhaltung veranlaßt. Zudem ist der Umbau bzw. die Wiederherstellung von Linien Schiffen fast beendet. Auch die Fundamentierung hat sich bisher noch keineswegs in der erwarteten Zunahme von Auftragsbestellungen aus den Vereinigten Staaten ausgewirkt. Nachdem auf Initiative Präsident Trumans jetzt in dem Ver. Staaten sogar ein Gesetzentwurf zur Unterstützung der amerikanischen Werftindustrie ausgearbeitet wird, mit dem Ziel, der Fundamentierung entgegenzuwirken, sind die Aussichten auf Aufträge für amerikanische Rechnung so gut wie ganz geschwunden.

Damit ist noch nicht einmal alles gesagt. Außer der belanglosigsten nach zusammengezeichneten Zahl an Aufträgen im Kalenderjahr 1948 belaufen sie sich immerhin noch auf 1,3 Mill. BRT nach 1,8 bzw. 1,5 Mill. in den Jahren zuvor — beobachtet die englische Werftindustrie nicht ohne Besorgnis den aufkommenden Wettbewerb in Übersee und speziell die unter diesem Aspekt argwöhnlich betrachtete deutsche und japanische Konkurrenz. Die kontinentalen Werften haben sich größtenteils von ihren Kriegsschäden erholt und weisen wieder ihre volle Leistungsfähigkeit auf,

2. Bei der Herstellung von Blechen im allgemeinen und von Weichblech im besonderen ist dieses Verfahren das beste zur Gewinnung von nicht oxydierendem oder nur wenig oxydierendem Stahl.

3. Man kann mit ihm die weichen Stahlarten herstellen durch ein einfaches und genaues Verfahren ohne Mangan oder Silizium beifügen zu müssen (Zur Zeit werden sehr viele solcher Stahlarten hergestellt.)

4. In der allgemeinen Stahlherstellung bedeutet es eine wesentliche Verbesserung bei der Gewinnung von Thomasstahl (Mit der Anwendung des Überblasens kann es, in nach Bedarf, vervollkommen werden). Es ist gleichzeitig eine Verbesserung der Stahlgewinnung im Martin- und im Elektrofen. (Die Oxydierung des Stahlbades in der oben beschriebenen Art und Weise wird sich in Zukunft als ein Vorteil erweisen.)

5. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

6. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

7. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

8. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

9. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

10. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

11. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

12. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

13. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

14. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

15. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

16. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

17. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

18. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

19. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

20. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

21. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

22. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

23. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

24. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

25. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

26. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

27. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

28. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

29. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

30. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

31. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

32. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

33. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

34. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

35. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

36. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

37. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

38. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

39. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

40. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

41. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

42. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

43. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

44. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

45. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

46. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

47. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

48. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

49. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.

50. Es erlaubt eine Verminderung des Manganverbrauchs um mehr als 30%.



lung auf eine durchaus erreichbare Verbilligung der Baukosten hinzuwirken. Es sind also nicht gerade rosig Gedanken und Aussichten, die die englische Werftindustrie am Jahresende 1949 trotz der gerade für das laufende Jahr festzustellenden bisher nicht erreichten Ablieferung von 1,4 Mill. BRT neuen Schiffbauverträgen gegenüber nur 1,3 Mill. BRT im Jahre 1947 bewegen. Die Ankündigung einer Erhöhung der Eisenbahntarifen um 16% hat diese Sorgen auch nicht gerade erlichtert, denn eine Verteuerung des Bahntransports

wird für den Schiffbau, insbesondere beim Stahlbau, ins Gewicht fallen. Wenn auch noch keine Gefahr im Verzuge ist — für die nächsten 18 Monate liegen noch genügend Aufträge vor — so sieht sich die englische Werftindustrie doch veranlaßt, die künftige Entwicklung weichen Augen zu verfolgen, um rechtzeitig einer Entwicklung entgegenzuarbeiten, die nicht nur für sie selbst, sondern für die gesamte englische Wirtschaft von verhängnisvollen Folgen wäre, wenn nämlich eines Tages die englische Schiffahrt ihre führende Rolle in der Welt abstoßen würde.

Notruf in Belgien

Fédération der Industrie und der Wirtschaftler Belgiens beunruhigt — Nur Senkung der Geschwindigkeiten kann Lage verbessern — Die Auslandsmärkte schließen sich ab

Von unserm Korrespondenten in Brüssel

Brüssel. Die verschiedenen belgischen Finanzblätter beschäftigen sich mit der Unterredung einer Delegation der „Fédération des Industries de Belgique“, Brüssel, die Delegation der gesamten belgischen Industrie für die Wahrung der gemeinschaftlichen Interessen, mit dem Ministerpräsidenten, die ihm eine Note überreichte, in der sie auf die Schwierigkeiten der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation und auf die Notwendigkeit der Aufklärung der Öffentlichkeit über die augenblickliche internationale Abstrakte aufmerksam macht. Die Wirtschaftsfrage ist nach den Äußerungen des belgischen Patronats, direkt beunruhigend. Vor den Abwertungen war sie noch günstig, als der Weltmarkt im großen Maße nach den belgisch-luxemburgischen Produkten fragte. Gegenwärtig ist das nicht mehr der Fall, weil die freie Konkurrenz sich mit den Differenzen der Geldwertungenzeit verschärft. Die Interkonvertibilität der Währungen und die Freigabe der Importe, die man sich von den Abwertungen versprochen, sind nicht in dem Maße eingetreten, daß auch jene Länder daraus Nutzen ziehen, die, wie Belgien und Luxemburg, nur in geringem Umfang abwerten. Die wesentlichen Märkte der belgisch-luxemburgischen Wirtschaft sind die Sterlingszone, die Dollarzone, Rußland und die japanische sowie Westeuropa. Die Freigabe der Importe im Rahmen der OEEC-Abkommen, erstreckt sich für Belgien-Luxemburg nicht auf die Sterlingszone,

von der sie immer noch als Länder harter Währung ausgeschlossen bleiben. Auch der französische und westdeutsche Markt schließen sich mehr und mehr ab, mit dem Guten ist nicht viel zu machen und der Gütertausch mit Amerika ist begrenzt.

Weit davon entfernt, daß die Delegation der belgischen Gewerkschaften für die belgisch-luxemburgische Wirtschaftslage gebracht hätte, ist in diesem Nachteil der weitere hinzuzukommen, der darin besteht, daß die anderen Abwertungsländer durch den höheren Prozentsatz ihrer Abwertung den belgisch-luxemburgischen Produktion auf den Weltmärkten noch eine stärkere Konkurrenz machen.

„Was uns retten kann, sagt die Note der Fédération, ist einzig und allein eine Senkung der Geschwindigkeiten. Außerdem muß es das oberste Ziel der Regierung sein, darauf zu achten, daß die Freigabe der Importe generell für alle Anwendungsmittel. Die Note spricht von der Unerschütterlichkeit der breiten Öffentlichkeit klaren Weis einzuschreiben. Es geht nicht darum, eine Politik des sozialen Rückwärts zu etablieren. Aber es dürfte gegenwärtig keine weitere Steigerung der Löhne und der sozialen Lasten erwogen werden. Jede weitere Belastung der Wirtschaft wäre unweigerlich zu einer Katastrophe. Die Note vergleicht die belgischen Löhne mit denen der anderen Länder und stellt fest, daß sie durchwegs über denen im Ausland liegen.“

KALODERMA

RASIERSTANGE

RASIERCREME

GLYZERINHALTIG: Angenehm, schonend und hautpflegend.

„Rasieren in der Perfektion“

F. WOLFF & SOHN · KARLSRUHE



DM L35



DM L50

Kontakt in 26 Ländern der Welt

mit den Kreisläufen, die an einer Verbindung mit Deutschland persönlich und geschäftlich interessiert sind, und die im Geschäftsleben ihres Landes eine maßgebende Stellung einnehmen, vermittelt Ihnen

DER STANDPUNKT

die unabhängige Wochenschrift für ökonomische Kultur, Politik und Wirtschaft (Verlagsges. Bösen/Tirol)

DER STANDPUNKT ist die außerhalb Deutschlands meistgelesene Zeitung in deutscher Sprache, die auf fünf Kontinenten in 26 Ländern, in

- Kypten, Argentinien, Belgien, Brasilien, Canada, Dänemark, Ecuador, England, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Polens, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Südafrika, Türkei, Uruguay, U. S. A.
- von 31000 Lesern beständig gelesen wird.

DER STANDPUNKT bietet Ihnen die Möglichkeit, neue Geschäftsverbindungen mit dem Ausland für den Export ihrer Erzeugnisse anzubahnen. Unsere Botschaft Werbemittel übernimmt kostenlos die englische oder italienische Übersetzung ihrer deutschen Anzeigen in sprachlich einwandfreier Form und verhilft so ihrer Werbung zu dem gewünschten Erfolg.

DER STANDPUNKT nimmt Anzeigenaufträge deutscher Firmen ab 1. Januar 1950 gegen Zahlung in Deutscher Mark entgegen. Interessenten wenden sich an

„DER STANDPUNKT“

Generalrepräsentanz für Deutschland
(7a) KARLSRUHE (Baden), Veilchenstraße 35

Entwickeln u. Brauchshinrichtungen „Felpa“, eigene Spezial- und
der neue Füllerinnenbohrer
Anzahlreichste Modellvielfalt, 4000 1912, 1000 1913, 1000 1914

Gesellschafter gesucht
von gutgehender Glashütte in Süd-Deutschland mit etwa DM 200000,- still oder mäßig.

5500 verschiedene Kunden, Klein- und Mittelbetriebe, Handwerker, Einzel- und U.S.A. Industrie seit Jahren die bewährteste und erfolgreichste Durchschreibemaschine der Welt mit beträchtlichem Absatzvermögen. Klein, praktisch, jederzeit abnehmbar, leicht, anpassbar, preiswert. Preis bei DM 12,- in Pa. Verpackung für ein Jahr. Preisliste von BOCHVERTERER W. MÜNCHEN, Gmbh., Koenigsplatz 25

Angebot unter A 1156 an Wirtschaftsrevue, Karlsruhe i. B., Veilchenstr. 35

Transp. Zellulosepapier, Zylinderkarton, Millimeterpapier, Lochzylinderpapier, Diagrammpapier, Registrierpapier, Holzzeug etc. od. Lieferbar. Aufträge u. B 1975 an die Wirtschaftsrevue, Karlsruhe, Veilchenstraße 35.

Neue Geschäftsverbindungen für den
Export nach Holland, den holländischen Kolonien, Indonesien und Curacao
vermittelt Ihnen die einzige holländische Fachschrift für Großhandel, Export, Import

Groothandel

Waarboek voor Import, Export, Transitie, Reciprocity in Binnenlandse Handel

Organ der Handelskammer in Den Haag für die Sektion Großhandel, Export, Import

Auflage wöchentlich 40 000 Exemplare

Abonnenten sind alle Großhändler, Exporteure und Importeure in Holland, den holländischen Kolonien, Indonesien und Curacao, ferner alle holländischen Großhändler in Ausland sowie die großen Handelsfirmen in Belgien- und Luxemburg.

Groothandel

nimmt Anzeigenaufträge deutscher Firmen ab 1. Januar 1950 gegen Zahlung in Deutscher Mark entgegen. Interessenten wenden sich an die

Generalvertretung für Deutschland:
Karlsruher Wirtschaftsrevue G. m. b. H.
(7a) Karlsruhe (Baden), Veilchenstraße 35

Abonnements-Bestellung

WIRTSCHAFTSREVUE

Karlsruher Wirtschaftsrevue Gmbh.

1 KARLSRUHE IN BADEN
Veilchenstraße 35

Hiermit bestelle ich/Ich bestelle ab sofort bis auf weiteres — Exemplare der WIRTSCHAFTSREVUE

zu einem monatlichen Abonnementpreis von DM 2,- zuzüglich Postabgabengebühr oder Porto.

Name/Firma _____
Beruf/Branche _____
Ort und Straße _____
Datum _____ (Unterschrift/Stempel)

Die aktuelle Reportage:

Winnender Dachziegel

Man hört vielfach die Ansicht, die deutsche Ziegelindustrie sei rückständig. Wie das oft bei solchen schnell hingeworfenen Aufstellungen ist, kommt diese Ansicht von ganz wundersamer her. Man meint nämlich, die Ziegelbauweise für Häuser sei überholt und — sagt man dann — darum sind die Ziegelwerke auch überholt. Was liegt also für die Presse näher, als diesen Ansichten einmal nachzugehen. Und an gingen wir in ein modernes Ziegelwerk. Wir wurden, um es vorweg zu nehmen, eines Besonderen belehrt. Weder die Fabrikation ist altmodisch, noch die Ziegelbauweise überholt. Jedoch darüber Näheres in dem allgemeinen Artikel über die Ziegelindustrie an anderer Stelle dieses Heftes.



Dach mit der „Idealzylinderphase 2 4“ aus Wiesbaden gedrückt.

Wir besuchten also die Dachziegelwerke E. C. Spingler GmbH in Wiesbaden bei Stuttgart. Eine große Fabrikationsanlage empfing uns. Nichts erinnerte mehr an ein kleines Ziegelwerk, sondern an einen riesigen Industriebetrieb. Die Fabrikation der Dachziegel ist in der Tat ein sehr modernes Geschäft. Man hat sich seit dem Ausbruch des Krieges bei der Herstellung der Dachziegel sehr bemüht, sie so zu gestalten, wie man sie heute hat. Die Dachziegel sind heute ein Produkt der modernen Industrie.

Man hört vielfach die Ansicht, die deutsche Ziegelindustrie sei rückständig. Wie das oft bei solchen schnell hingeworfenen Aufstellungen ist, kommt diese Ansicht von ganz wundersamer her. Man meint nämlich, die Ziegelbauweise für Häuser sei überholt und — sagt man dann — darum sind die Ziegelwerke auch überholt. Was liegt also für die Presse näher, als diesen Ansichten einmal nachzugehen. Und an gingen wir in ein modernes Ziegelwerk. Wir wurden, um es vorweg zu nehmen, eines Besonderen belehrt. Weder die Fabrikation ist altmodisch, noch die Ziegelbauweise überholt. Jedoch darüber Näheres in dem allgemeinen Artikel über die Ziegelindustrie an anderer Stelle dieses Heftes.

Kurz ein Blick auf die Mauerziegel-Produktion. Wir haben die Herstellung des sogenannten Mauerziegels, sozusagen wie die Brenneisen sind die Ausprägungen dieses Ziegels (dem Vermaßen werden diese Mauerziegel-Höhlen, die der Stein nach vermauert wird, auf beiden Seiten durch Material abgenommen, so daß er besser die Wärme hält. Der Ton wird durch Fördern in die Kuchenspreiße, die wieder eine Schwerkraftpresse ist, geschüttelt und unter einem durch das Wabensystem hindurch eine lange vieredrige Wurst heraus, die dann durch Drühle in Blöcke geschnitten wird. Die Blöcke werden dann von Hand auf das Trockengerüst gelegt. (An dieser Stelle ließe sich die Hand vielleicht auch noch ausschalten.)

Das so war es auch. Von den modernsten gewaltigen Maschinen bis zum Fließband aus den verschiedensten Materialien, von der verblüfflichen Sauberkeit der Zweckmäßigkeit der Anlage und den hellen, hohen Sozialformen fehlte nichts, was einer modernen Fabrik das Gepräge gibt.

Die Kollergänge sollen den Rohstoff kerngrößenmäßig auf eine Mindestkörnung abstimmen und sie noch intensiver mischen. Zwei riesige Mahlräder bearbeiten ihn. Dabei drücken sie den Ton durch ein Sieb in den darunter liegenden Kollergang, der wieder zwei riesige Mahlräder hat, die die Arbeit fortsetzen. Diese drücken den Ton wieder in ein Sieb in die darunter liegenden Walzen. Am Ausgang der Walzen nimmt wieder ein Transportband (ein Gummibandförderer) den Ton auf und befördert ihn in das Sumpfhäuf.

Die Trockenanlagen sind längst nicht mehr im Freien wie früher. Die Großbetriebe der Ziegelwerke sind von Wetter unabhängig. Durch Sumpfhäuf und künstliches Trocknen wird der Ganzjahresbetrieb gewährleistet. Außerdem konnten die Ziegelwerke durch die künstliche Trocknung eine ideale Kraft-Wärme-Verbandwirtschaft entwickeln. Der Abdampf wird zur Beheizung der Trockenanlage verwendet. Hohe Wirtschaftlichkeit und geringster Energieaufwand je Produktionsstunde sind dadurch erreicht.

Selbstverständlich, und das sei an dieser Stelle einmündlich, besteht auch heute noch eine gewisse Verbindung zwischen Ziegelwerk und Landwirtschaft. Nicht in sehr weit abgetrennten Feldern der landwirtschaftlichen Bebauung wieder angeführt werden, als vielmehr, wenn der äußerst schwierigen Beschaffung neuer Tonfelder. Man muß sich heute in die Nähe der Tonfelder begeben, um sie zu finden.

Im Sumpfhäuf lagert der Ton mindestens eine Woche, mancherorts auch noch wesentlich länger. Während dieser Zeit verteilt sich die Feuchtigkeit des Rohstoffes gleichmäßig in der Gesamtmasse. Außerdem findet durch andere Einflüsse eine weitere Auflockerung und Erhöhung der Plastizität statt. Der neu ansehende Sumpfhäuf ist auch ein Feintriebungsorgan notwendig, denn die Feilung braucht nicht eingeschränkt oder eingespart zu werden, wenn einmal durch schlechten Wetter die Arbeit der Grube unterbrochen werden muß. Auf der einen Seite lagert der Ton für die Dachziegel, auf der anderen der Ton für die Mauerziegel.

Das gestreckte Ware, die jetzt schon fast geworden ist, wandert in die Brenneisen. Beimengungen sind diese schon als ausgesprochene Einrichtungen zu betrachten. arbeitsintensiv ist das Brennanlagenproblem noch nicht ganz befriedigend gelöst, aber auch darin wird weiter gearbeitet.

Auslandsbörsen

PARIS: Die Entwicklung in der Pariser Effektenbörse ist in der Berichtwoche wieder dem Eindruck der Fortschritte über den Verengung des internationalen Staatshaushalts für das nächste Haushaltsjahr. Die Diskussion über den nächsten Parlament noch keine endgültige Fiktion sein, die werden könnte. Die starke Neubestimmung der Industrie, die im Verengung vorgehen ist, stößt auf erheblichen Widerstand der Wirtschaft. Die politische Unsicherheit und die wenig günstige Stellung der Regierung bilden gegenwärtig die dunkle Schatten über dem Börsenmarkt. Zu Anfang der Woche waren schwache Werte allgemein gedrückt, lediglich südamerikanische Goldwerte gingen zu höheren Kursen über. Im Verlauf der Woche richtete sich das Geschäft in negativen Grenzen. Französische Eisen- und Stahlwerte und schwache Charakteristika zeigen eine leicht fertere Grundhaltung. Eine Änderung in dem allgemeinen Bild trat bis zum Wochenende nicht ein. Die politische Unsicherheit bleibt beherrschend. Auch Chemiewerte, mühen Korrosionshütten und chemische Industrie, Renten lagen während der ganzen Woche schwach.

Nach dem Gedankenflug geben wir wieder dem Rohstoff nach. Von der Grube wird der Ton auf einer Förderröhre zur Aufbereitungsanlage befördert. Hier beginnt bereits die Zerkleinerung des Rohstoffes. Auf der einen Seite des Fördergerätes lasten auf dem Band bis zu dem Arbeiter, der ein Teil nimmt, es auf die Revolverpresse kleidet und dann durch Drehen der Trommel die Presse herumdrückt. Auf der anderen Seite der Presse nimmt der Arbeiter auf einer Holzform, die der Ziegelform angepaßt ist, den Ziegel heraus und gibt ihn wieder auf das Fördergestell, das in die Trockenzunne führt.

Anschließend gelangt die Ware zur Sortierung auf die Stapelplätze. Hier wird jeder einzelne Ziegel auf seine einwandfreie Beschaffenheit geprüft und nur beste Qualität als sogenannte erste Sorte für die Lieferung an den Kunden freigegeben.

Zum Schluß sehen wir uns eine Reihe von Probekörpern an, die mit verschiedenen modernen Regeln bedeckt waren. Um auch bessere Dächer einwandfrei decken zu können, wurde eine neue Platte entwickelt: die Idealzylinderphase 2 4. Diese Platte ist eine technische Meisterleistung. Sie gestattet eine einwandfreie Wasserdichte des Daches, auch wenn diese nur 15° Neigung hat. Das hier beigefügte Bild zeigt das Probefeld mit dieser Platte.

Seltene Metalle

Während in New York war die Kaufkraft für Eisen, Platin, Wolfram, zur Hälfte, sprang in hochgradigem Maß an. Der Eisenmarkt zeigt jetzt keine besonderen Züge. Nach dem letzten Preisberichtungen in den USA ist der Markt stetiger geworden. Das gleiche Versorgungsdefizit hat sich der Zirkonmarkt angeschlossen, was jedoch auf den immer noch guten Absatz in der Versuchungsbauindustrie und bei den Messingwerken ohne bedeutenden Einfluß blieb.

Erze

Die Filizenden Abgeber in England sind für metallische Kohlen 12 ab 6 d je lb. Kalkstein schwach, meist 4 ab 3 d und grau 4 ab 3 lb.

Manganerz: Die brasilianischen Mangankörner erreichen in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres nach einer Mittelung der „Aspe“ nur 80 000 t gegen 84 700 t in der gleichen Zeit des Vorjahres. 46 bis 50%ige Manganoerz werden auf englische Häfen, gegenüber 36 d je Eisen Metallton.

Wolfram: Im letzten Monat der Markt zeigt einen Züge, nachdem die Haltung in den letzten Wochen eher abwärts war. Für 20%ige Konzentrate werden in England 27 ab 6 d bis 28 ab 6 d je Eisen Woz ab notiert. Es sollen aber einige Partien bolivianisches Material in der letzten Zeit nach Europa verschifft worden sein. Die zu niedrigeren Preisen angebotenen waren. Eine Fortdauer der chinesischen Verschiffungen scheint angesichts des raschen Vormarsches der kommunistischen Truppen in Süchina in den nächsten Monaten in Frage gestellt zu sein.

Metallpreise

England	USA	Wochendnoten
Kupfer 126 0/6	12,60	124,00-126,00
Zinn 84 1/2	8,45	116,00
Zink 64 1/2	6,45-6,50	70,75
Aluminium 114 1/2	11,45	73,00

Noienkurse in Zürich am 26. Dez.

1 \$ USA	4,90 4,92
1 £ England	10,60 10,78
100 fr. Frankreich	1,00 1,10
100 sfr. Schweiz	8,00 8,00
100 holl. Holland	100,- 100,-
100 skr. Schweden	65,- 68,00
100 skr. Norwegen	61,- 67,-
100 ökr. Österreich	61,- 66,-
100 Lire Italien	— 60,-
100 Escudos Portugal	24,60 25,-
100 ökr. Tschechoslowakei	1,- 1,40
100 arg. Peru Argentinien	35,- 30,-
100 Mk. £ Türkei	— 20,- 25,-
100 öster. Österr. Oester.	13,00 13,90
1 Israel £ Israel	7,50 8,20
100 DM Deutschland	73,50 77,50

SCHWEIZ: Am Wochenende sehr fest

An der Zürcher Effektenbörse lösten die Ausführungen von Minister Nöcker über die bereits zu schließende Fiktion der Liberalisierungsbestrebungen im Außenhandel, hauptsächlich die Lockerungen im Warenverkehr der Schweiz mit Frankreich und mit Großbritannien, das wichtigste Gesprächsthema. Die 4 ab 6 d je Eisen Woz ab notiert. Es sollen aber einige Partien bolivianisches Material in der letzten Zeit nach Europa verschifft worden sein. Die zu niedrigeren Preisen angebotenen waren. Eine Fortdauer der chinesischen Verschiffungen scheint angesichts des raschen Vormarsches der kommunistischen Truppen in Süchina in den nächsten Monaten in Frage gestellt zu sein.

LONDON: Die Haltung der Londoner Effektenbörse war unruhig. Die letzte Woche war freundlicher und zuverlässiger Stimmung in Reaktion auf das Ergebnis der amerikanischen Wahlen und auf die Besanntgabe der höheren Ansehens Großbritannien im November dieses Jahres. Australien Bank, die bekanntlich nach dem Plänen der historischen australischen Labour-Regierung verstaatlicht werden sollten, standen im Vordergrund des Interesses. Doch schon am nächsten Tage wurde die Stimmung von London abwärts, so daß die 12. Dezember die erste Lichtdunstung war. Im weiteren Verlauf der Berichtwoche war die Haltung verunsichert und ruhig, ohne daß sich allerdings ein

ausgesprochenen Trend weder nach der einen noch der anderen Richtung hin entwickelte. Deutsche Anleihen standen während der ganzen Woche im Blickpunkt des Interesses. Nachdem ursprünglich sich nur die Spekulation für diese Werte interessiert, beginnt jetzt auch das Anlagekapital in Betracht zu kommen. Die Wochenspannung steht unter dem Einfluß des bevorstehenden Wochensendes. Die Niederlagen konnten jedoch zunächst ihren Stand halten. Für Industriewerte zeigte sich am letzten Wochentage bemerkenswerte Interesse aus der Provinz, insbesondere für Textil- und Eisen- und Stahlwerten. Das Geschäft — in südamerikanischen Goldwerten war wegen der Festlegung in Kapazität nur gering. Reuters Index für Kupfer 120,8 121,3 Reuters Index für Kaffee 121,7 121,4

Der erste Eindruck hatte sich also nach dem ersten Rückgang immer mehr befestigt. Ein modernes Werk modern in der Fabrikation, modern in den sozialen Leistungen und modern dadurch, daß immer wieder bessere, leistungsfähigere Produkte entwickelt werden.

NEW YORK: weicher fest

Die New Yorker Wallstreet verabschiedete sich in der Berichtwoche wieder, zum Teil erhebliche Kursgewinne. Das Geschäft war — an allen Tagen lebhaft und erregte Interesse zwischen 11 und 13 Mill. Stück im Tagesumsatz. In Kreisen der Beobachter der New Yorker Wallstreet überwiegt zur Zeit die Ansicht, daß die Haus-Bilanzung für die nächste Zeit ausbleiben wird. Daraus resultiert ein weiches, jedoch sich abwärts neigendes Bild. Dabei sei zu beobachten, daß die Haus-Bilanzung die erforderliche Veräußerung von Aktien nicht leisten. Die Woche begann mit gelegentlichen Kursgewinnen. Im Verlauf der Berichtwoche war die Stimmung verunsichert und ruhig, ohne daß sich allerdings ein

Das Bild von Wallstreet blieb während der ganzen Woche, so wie es sich am ersten Tage zeigte, ziemlich unverändert. Kursgewinne und Gewinnzunahmen wechselten einander ab, wobei jedoch die Gewinnzunahmen nicht immer durch Verkäufe von Bilanzierungsfaktoren einen großen Teil des an die Börsen kommenden Angebotes. Erst am letzten Wochentage wurde der Wunsch nach Kurskorrektur und eine gewisse Rückbildung der Kurse sichtbar. Die Zurückbildung der United States Steel Corporation auf ihren Ertragsniveau abwärts geneigt war.

Neuer Vorstand der Reichswerke
Der neue Vorstand der Reichswerke A.-G. für Eisenbergbau und Eisenhütten, Berlin* gehören Staatssekretär a. D. von Richter und Dr. Hans-Joachim von Richter. Die bisherigen geschäftsführenden Geschäftsführer der Reichswerke, Dr. Dietrich Heide und Dr. Dietrich Heide, sind durch den neuen Vorstand abgelöst worden. Die Leitung der neu zu gründenden Reichswerke übernahm Dr. Dietrich Heide.